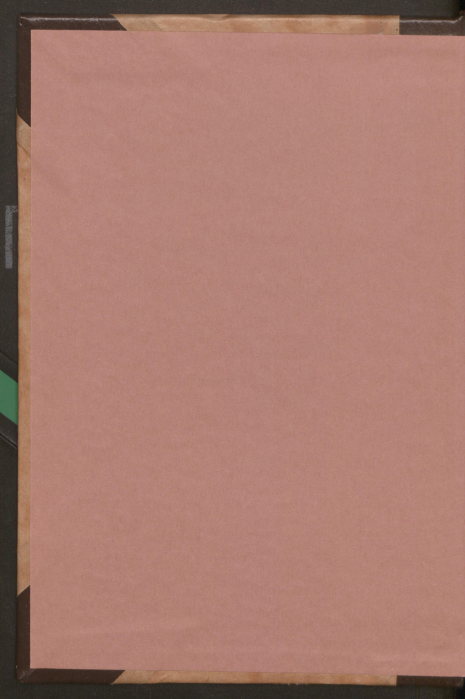
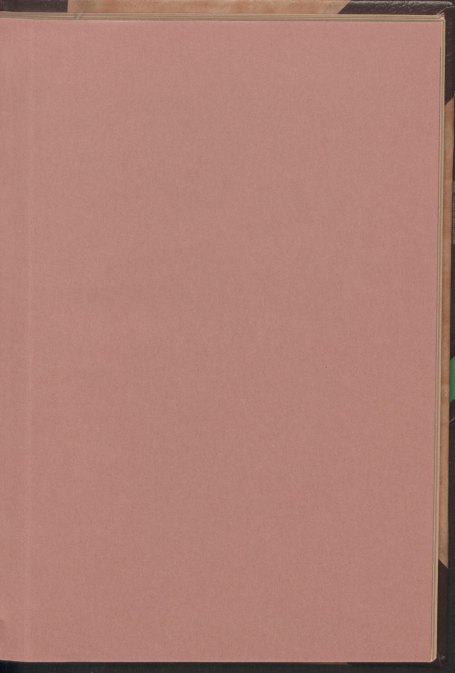








Das Statut

für den

Weichsel-Hogat-Deichverband.

Zusammengestellt mit den zur Ergänzung dienenden gesetzlichen Bestimmungen

von

Müller,
Königlichem Registrars-Rath
zu Danzig.



Danzig.

Druck und Verlag von H. Schroth.
1889.

Boettcher,
verkauft den 31. 5. 02
von Druff. Wunderlich.

E 2313 L

Das Statut

für den

Weichsel-Hogat-Deichverband.

Zusammengestellt mit den zur Ergänzung dienenden gesetzlichen Bestimmungen

von

Müller,
Königlichem Regierungs-Rath
zu Danzig.

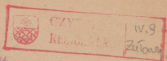


Danzig.

Druck und Verlag von H. Schroth.

1889.

1928: 860



35247

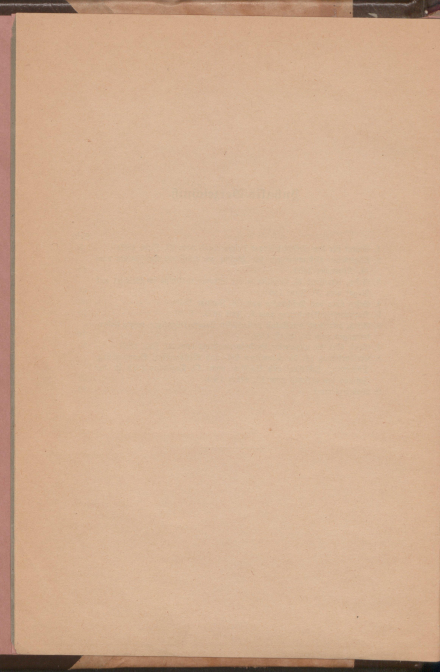


128448 / ~~46305~~

2365

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite.
1. Statut für den Weichsel-Hogat-Deichverband vom 20. Juni 1889 . . .	5
2. Allgemeine Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute vom 14. November 1853	43
3. Gesetz, betreffend die Regulirung der Stromverhältnisse im Weichsel und Hogat vom 20. Juni 1888	64
4. Gesetz über das Deichwesen vom 28. Januar 1848	66
5. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875. § 39.	75
6. Gesetz, betreffend den Erlass polizeilicher Strafverfügungen wegen Ueber- tretungen vom 23. April 1883	76
7. Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 . . .	80
8. Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872 in der Fassung des Gesetzes vom 19. März 1881	82
9. Wahlreglement	85



Statut

für den

Weichsel-Nogat-Deichverband

vom 20. Juni 1889.

Amtsblatt der Königl. Regierung zu Danzig vom 24. Juni 1889, Seite 161. Amtsblatt der Königl. Regierung zu Marienwerder vom 1. August 1889 Nr. 31. Amtsblatt der Königl. Regierung zu Königsberg vom 1. August 1889 Außerordentliche Beilage zu Stück 31.

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen etc.

In Ausführung des Gesetzes vom 20. Juni 1888 (Ges.-S. S. 251) und auf Grund des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 § 11 und 15 (Ges.-S. S. 54) genehmigen Wir nach Anhörung der Betheiligten die Bildung eines Gesamt-Deichverbandes unter der Benennung:

„Weichsel-Nogat-Deichverband“

und die damit zusammenhängende Umbildung der bisherigen Sonderverbände an der Weichsel und Nogat nach Maßgabe des nachstehenden Statuts, neben welchem, so weit es nicht abändernde Festsetzungen enthält, die allgemeinen Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute vom 14. November 1853 (Ges.-S. S. 935) Gültigkeit haben sollen.

Abchnitt I.

Der Weichsel-Nogat-Deichverband.

§ 1.

Der Weichsel-Nogat-Deichverband umfaßt sämtliche Grundstücke der im Abschnitt II. bezeichneten 3 Sonderverbände. Das Gebiet desselben ist auf einer Generalstabskarte im Maßstabe 1 : 100000 in mit einer rothen Linie begrenzt. Diese Uebersichtskarte ist mit dem Beglaubigungs-Vermerke des Regierungs-Präsidenten in Danzig versehen und wird von demselben aufbewahrt.

§ 2.

Der Verband bildet eine Korporation und hat seinen Sitz in Danzig.

§ 3.

Nach § 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1888 sollen nach Maßgabe der vom Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellenden Baupläne und mit der im § 2 jenes Gesetzes bestimmten Geldbeihilfe der Deichverbände folgende Bauten ausgeführt werden:

- a. Herstellung eines Durchstichs für den Weichselstrom durch die Danziger Binnenehrung auf der Linie Einlage-Ostsee nebst Bedeichung und Moolen-Anlage, sowie Moolen- und Dammbauten u. s. w. zu dauernder Offenhaltung der Mündung der Danziger Weichsel bei Neufähr,
- b. Schiffahrtsanlagen zur Verbindung des Durchstichs mit der Danziger Weichsel,
- c. Durchdeichung der Danziger Weichsel und Zurücklegung der Stromdeiche des linken Weichselufers bis zur Gemüßer Wache aufwärts,
- d. Durchdeichung der Elbinger Weichsel mit Anschlüssen an den rechtsseitigen Durchstichsdeich und die Stromdeiche des großen Marienburger Werders,
- e. Herstellung eines Eiswehrs in der oberen Rogat bei Kittelsfähre.

§ 4.

Die Ausführung der Regulirungswerke (§ 3) wird unter der Oberleitung und Aufsicht des Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen einer besonderen Kommission übertragen, welche besteht:

- a. aus einem königlichen Verwaltungsbeamten als Vorsitzendem,
- b. aus einem königlichen Baubeamten,
- c. aus den Deichhauptleuten und Deichinspektoren der im II. Abschnitt bezeichneten 3 Sonderverbände.

Die Ausführungs-Kommission faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei der Abstimmung haben der vorsitzende Verwaltungsbeamte und der Baubeamte je eine und die anwesenden Deichhauptleute und Deich-Inspektoren zusammen eine Stimme.

Bei Meinungsverschiedenheiten der Vertreter der Sonderverbände stimmen diese unter sich mit gleichem Stimmrecht ab. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Deichhauptmanns des Marienburger Deich-Verbandes den Ausschlag. Diejenige Ansicht, für welche sich darnach die meisten Stimmen ergeben, ist entscheidend und für die Sonderverbände verpflichtend.

Die Ausführungs-Kommission kann nur beschließen, wenn nach einer Einladungsfrist von mindestens 3 Tagen die unter a. und b. bezeichneten Mitglieder und von den Vertretern der Sonderverbände wenigstens 2 anwesend sind. Beschlüsse der Kommission, welche eine Aenderung der nach § 3 festgestellten Baupläne einschließen, sind wirkungslos. Die Kommission hat auch alle mit der Ausführung der Regulirungswerke im Zusammenhange stehenden Geschäfte, insbesondere die nothwendigen An- und Verkäufe von Grundstücken und Materialien an Sand, Lehm, Kafen u. und die Ermittlung und Feststellung der Entschädigungen mit den bei den Sonder-Deichverbänden den Deichämtern und beziehungsweise den Deichhauptleuten zuständigen Befugnissen und Obliegenheiten zu bewirken, die Beitragsleistungen der Sonderverbände nach Bedarf zu ordnen und einzufordern.

Die Verträge, welche die Ausführungs-Kommission abschließt, sind von dem Vorsitzenden und dem königlichen Baubeamten zu vollziehen. Die Bauausführung der Ausführungs-Kommission und die dienstlichen Beziehungen ihrer Mitglieder werden im Uebrigen durch eine von den Ministern der öffentlichen Arbeiten und für Landwirthschaft, Domänen und Forsten zu erlassende Geschäftsanweisung geordnet.

Sobald die Regulirungsarbeiten in allen ihren Theilen ausgeführt sind, hört die Thätigkeit der Kommission auf. Streitigkeiten über die Bauausführung, welche bei der Uebergabe der Deiche an die Deichverbände entstehen, werden von den Ressortministern nach Anhörung des Regierungs-Präsidenten in Danzig mit Ausschluß des Rechtsweges entschieden.

§ 5.

Der Verband übernimmt die Aufbringung eines Beitrags von 7 230 000 Mt. zu den Kosten der nach § 3 auszuführenden Anlagen.

Die Verzinsung und Tilgung des zu diesem Zwecke nach § 2 und 4 des Gesetzes vom 20. Juni 1888 zu gewährenden Staatsdarlehens von gleicher Höhe und die im Interesse des Gesamt-Verbandes entstehenden Verwaltungskosten werden von den Sonderverbänden des II. Abschnitts nach Verhältniß des katastrirten Flächeninhalts dieser Verbände getragen, jedoch mit der Maßgabe, daß die innerhalb der Sonderverbände mit einem geringeren als dem normalmäßigen Beitrage herangezogenen Grundstücke (§ 20) nur mit der Hälfte der Fläche zu veranlagen sind.

§ 6.

Die nach § 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1888 auf die Deichverbände übergehende Deichunterhaltung wird für die Deiche auf dem linken Ufer der regulirten Weichsel vom Danziger und auf dem rechten Ufer derselben von dem Marienburger Deichverbände übernommen. Die Uebernahme der Unterhaltung Seitens der Deichverbände erfolgt sofort nach Fertigstellung der einzelnen Deiche. Den Tag der Uebernahme bestimmt der Ober-Präsident.

§ 7.

Nach Auflösung der Ausführungskommission werden die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Sonderverbände in dem Weichsel-Nogat-Verbande durch einen Vorstand wahrgenommen, welcher aus einem von dem Regierungs-Präsidenten als Vorsitzenden zu ernennenden Verwaltungs-Beamten, den Deichhauptleuten und Deich-Inspektoren der 3 Deichverbände des Abschnitt II. und aus 5 Vertretern dieser Verbände besteht.

Von den 5 Vertretern haben der Danziger und der Elbinger Deichverband je 1 und der Marienburger Deichverband 3 Vertreter zu wählen. Die Wahl der Verbandsvertreter erfolgt durch die Deichämter der 3 Verbände aus der Zahl der Deichamtsmitglieder auf 3 Jahre. Für den Fall der Behinderung eines Verbands-Vertreters hat der betreffende Deichhauptmann einen Stellvertreter zu ernennen.

Der Vorsitzende und jedes Vorstandsmitglied haben bei Abstimmungen nur eine Stimme.

Der Vorstand faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt der Vorsitzende den Ausschlag. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von mindestens 7 Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden erforderlich.

§ 8.

Der Vorstand wird von dem Vorsitzenden unter Mittheilung der Tagesordnung so oft als nothwendig zusammenberufen. Die Einladung muß 3 Tage vor der Sitzung in den Händen der Vorstandsmitglieder sein. Die Zusammenberufung muß erfolgen, wenn sie von mindestens 3 Mitgliedern beantragt wird.

§ 9.

Der Vorstand vertritt den Gesamtverband in allen Rechtsangelegenheiten Dritten gegenüber.

Insbefondere hat derselbe:

- a. nach Auflösung der Ausführungskommission die laut § 5 dieses Statuts aufzubringenden Beiträge auf die beitragspflichtigen Sonderverbände zu vertheilen und für deren Abführung an die Staatskasse Sorge zu tragen,
- b. die Ausführung und ordnungsmäßige Unterhaltung der von den Sonderverbänden herzustellenden Deichbauten zu überwachen und dabei insbepondere dafür zu sorgen, daß durch derartige Bauten die Interessen gegenüberliegender Verbände nicht verletzt werden,
- c. in allen Angelegenheiten sein Gutachten abzugeben oder sich zu äußern, in welchen es von der Staatsregierung verlangt wird.

Insofern sich herausstellen sollte, daß einzelne Theile des Verbandsgebiets dauernd oder zeitweilig einen erheblich geringeren Vortheil von der Ausführung der im Gesetze vom 20. Juni 1888 vorgesehenen Regulirungswerke haben, so ist der Vorstand nach Anhörung der Vertretung des betreffenden Sonderverbandes eine dauernde oder zeitweilige Herabsetzung des nach § 5 geltenden Beitragsmaßstabes für die betreffenden Distrikte vorzunehmen befugt.

§ 10.

Das Oheraufsichtsrecht des Staats, soweit es dem Regierungs-Präsidenten als Landespolizeibehörde zusteht, wird über den ganzen Umfang des Gesamtverbandes und der Sonderverbände des II. Abschnitts von dem Regierungs-Präsidenten in Danzig ausgeübt, welcher den Landrätthen des Stuhmer und Pr. Holländer Kreises bezüglich der dorthin gehörigen Ortschaften der Verbände unmittelbar Aufträge ertheilen kann.

Abchnitt II.

Die Sonder-Deichverbände.

§ 11.

Durch die Ausführung der im § 3 des I. Abschnitts vorgesehenen Regulirungswerke werden 3 Deichverbandsgebiete abgegrenzt und innerhalb dieser Gebiete die Eigenthümer der eingedeichten und noch einzudeichenden Grundstücke nach näherer Bestimmung dieses Abschnitts zu 3 Deichverbänden unter der Benennung:

- A. der Danziger Deichverband,
- B. der Marienburger Deichverband,
- C. der Elbinger Deichverband

vereinigt.

Jeder dieser 3 Deichverbände bildet eine Korporation mit dem Sitze

- zu A. in Danzig,
- zu B. in Marienburg,
- zu C. in Elbing.

Die drei Deichverbände treten in der näher beschriebenen Abgrenzung des § 12 an die Stelle der bisher bestandenen Deichverbände und zwar

ad A. der Danziger Deichverband an die Stelle des bisherigen Deichverbandes des Danziger Werders und des bisherigen Deichverbandes der neuen Binnennehrung;

ad B. der Marienburger Deichverband an die Stelle des bisherigen Deichverbandes des Großen Marienburger Werders, des bisherigen Deichverbandes der alten Binnennehrung und des bisherigen Sommerdeich-Verbandes für den Mittelwerder und die anliegenden Ortschaften auf der Danziger Nehrung;

ad C. der Elbinger Deichverband an die Stelle des bisherigen Deichverbandes der rechtsseitigen Mogat-Niederung.

Die den bisherigen Verbänden verliehenen Statuten werden aufgehoben.

Rechte und Verbindlichkeiten der bisherigen Deichverbände gehen auf die ihnen entsprechenden neuen Sonder-Verbände über, soweit sie nicht in diesem Statut als dauernd oder vorübergehend fortbestehend bezeichnet sind.

§ 12.

A. Der Danziger Deichverband umfaßt sämtliche Grundstücke auf dem linken Weichselufer, welche einer Ueberschwemmung durch die Weichsel von Dirschau bis zur neuen Mündung ausgesetzt sind und unter dem Schutze der bestehenden und der nach § 3 dieses Statuts auf dem linken Ufer der Weichsel neu herzustellenden Deiche liegen.

B. Der Marienburger Deichverband umfaßt sämtliche Grundstücke, welche einerseits von der Weichsel, andererseits von der Mogat und dem

westlichen Ufer des frischen Haffs, sowie von der Düne an der Ostsee begrenzt werden und unter dem Schutze folgender Deiche liegen:

1. des bestehenden und der nach § 1 littr. a. und d. des Gesetzes vom 20. Juni 1888 neu herzustellenden Deiche auf dem rechten Ufer der Weichsel vom sogenannten Kommunikationsdeiche bis zur Düne an der neuen Mündung in die Ostsee;
2. des Deiches auf dem linken Ufer der Nogat vom sogenannten Kommunikationsdeiche bis Wiedau und des Einlager Hauptdeiches von Wiedau bis Jungfer;
3. der Staudeiche am westlichen Ufer des Haffs auf der Linie von Jungfer bis Bodenwinkel.

C. Der Elbinger Deichverband umfaßt sämtliche Grundstücke auf dem rechten Nogat-Ufer, welche einer Ueberschwemmung durch die Nogat vom Salgenberge bis zum Haff ausgesetzt sind und unter dem Schutze des Deiches auf dem rechten Ufer der Nogat liegen.

Die Gebiete der drei Sonderdeichverbände sind auf besonderen Generalkarten im Maßstabe von 1 : 100 000

- A. des Danziger Deichverbandes mit einer rothen Linie,
- B. des Marienburger Deichverbandes mit einer grünen Linie,
- C. des Elbinger Deichverbandes mit einer gelben Linie

abgegrenzt.

Für diejenigen Gemeinde- und Gutsbezirke, welche nur theilweise zu einem Sonderdeichverbände gehören, sind besondere Katasterkarten mit eingezeichneter Ueberschwemmungsgrenze angefertigt.

Die Uebersichts- und Katasterkarten werden mit einem Beglaubigungsvermerk des Regierungs-Präsidenten versehen und von demselben aufbewahrt.

§ 13.

A. Der Danziger Deichverband übernimmt den Ausbau und die Unterhaltung folgender Deiche, soweit die erstmalige Herstellung derselben nicht gemäß § 3 dieses Statuts anderweitig erfolgt:

- a. der Deiche auf dem linken Ufer der Weichsel von der Höhe bei Dirschau bis zur neuen Mündung,
- b. der Staudeiche an der todtten Weichsel auf dem linken Ufer bis Rneipab, auf dem rechten Ufer bis zur Düne bei Bohnsack,

einschließlich der in diesen Deichen vorhandenen und der noch herzustellen Stauschleusen.

Ferner hat der Deichverband die Verpflichtung, folgende Vorfluthanlagen nach Maßgabe des von der Regierung unter dem 1. Juni 1877 vorgeprüften und vom Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten genehmigten Planes zu verbessern und zu unterhalten:

- c. den Dirschauer Mühlenkanal,
- d. die Mottlau von der Spangau-Dirschauer Chaussee bis zum Beginn des städtischen Looses beim Schleusenfruge,
- e. den Mühlengraben von der Dirschau-Spangauer Chaussee bis zu seiner Vereinigung mit der Mottlau im Dorfe Gütlland,
- f. das Mühlbanzfließ von seinem Eintritt in's Deichgebiet bis zur Mottlau,
- g. den Ziegengraben von der Osterwider Grenze bis zum Bodengraben,
- h. den Bodengraben von der Belau bis zur Mottlau,
- i. die Kladau vom Eintritt derselben in den Deichverband bis zur Mottlau,
- k. die Landauer Laake von der Mönchengrebin-Landauer Grenze bis zur Mittellaake,
- l. die Mittel- und schwarze Laake bis zur Mottlau,
- m. die Gans vom Eintritt in das Deichgebiet bis zur Mittellaake,
- n. die Hohe-Vorfluth von der Brücke im grünen Wege oberhalb der Trutenauer Wasserabmahlmühle bis zur Mottlau,
- o. die Seege-Vorfluth von der Langfelder Grenze durch die Müdforter Schleuse bis zur Weichsel,
- p. die Sieden-Vorfluth vom Scheerfrug bis zur Mottlau.

Die Wälle an den vorstehend unter c. bis p. bezeichneten Vorfluthen, sowie die Wälle an der alten Kabaune von ihrem Eintritt in das Deichgebiet und den sogenannten Gütlländer Hauptwall hat der Deichverband ebenfalls zu unterhalten, wogegen die Vertheidigung dieser Wälle gegen Hochwasser und Eisgang, mit Ausnahme der vom Verbande zu schützenden Wälle am Dirschauer Mühlenkanal und an der Kladau, Sache der angrenzenden Ortschaften ist.

Die durch die Verbesserung und Unterhaltung bezw. Vertheidigung der unter c. bis p. bezeichneten Vorfluthen sowie der Binnenverwaltungen

entstehenden Kosten werden innerhalb des Verbandes von den Angehörigen des früheren Deichverbandes des Danziger Werders getragen.

B. Der Marienburger Deichverband übernimmt den Ausbau und die Unterhaltung der im § 12 B. Ziffer 1 und 2 bezeichneten Deichanlagen, soweit nicht deren erstmalige Herstellung gemäß § 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1888 anderweitig erfolgt.

Es bleibt vorbehalten, einen Stauedeich auf der Linie Jungfer-Bodenwinkel mit den erforderlichen Nebenanlagen neu zu erbauen. Die Baupläne für denselben sind von den zuständigen Ressort-Ministern festzustellen.

Bis zur Fertigstellung dieses Stauedeiches, dessen Neubau, Unterhaltung und Vertheidigung der Marienburger Deichverband übernimmt, erfolgt der Ausbau, die Unterhaltung und Vertheidigung der bestehenden Haffschutz-Anlagen in folgender Weise:

1. von den Deichgenossen des vormaligen Deichverbandes des Großen Marienburger Werders :
 - a. der rechtsseitige Deich an der Elbinger Weichsel bis zum Anschluß des Freiheitswallen an denselben, soweit dieser Deich zur Abwehr des Haffstaues erforderlich ist,
 - b. der Freiheitswall, der linksseitige Tiegewall bis zur fiskalischen Brücke bei Tiegenhof, der rechtsseitige Tiegewall von dort bis zum Müllerlandskanal, die südlichen Dämme am Müllerlandskanal, am Stobbenborfer Bruch und am Haff bis Jungfer,
 - c. die Abschließungs- und Schleusenanlagen an der Mündung der Jungferschen Laake;
2. von den Deichgenossen in den Bezirken der vormaligen Deichverbände der alten Binnennehrung und des Mittelwerders: die bisher von denselben unterhaltenen Schutzanlagen, namentlich die linksseitigen Deiche an der Elbinger und Königsberger Weichsel, soweit dieselben zur Abwehr des Haffstaues nothwendig sind;
3. die sämmtlichen übrigen Schutzanlagen gegen den Haffstau von der Schleuse bei Jungfer (Nr. 1 a.) bis zur Düne bei Bodenwinkel: von denjenigen beteiligten Verbänden und einzelnen Grundbesitzern, welche diese Anlagen bisher unterhalten haben.

C. Der Elbinger Deichverband übernimmt:

- I. den Ausbau und die Unterhaltung folgender Deiche:
 - a. des rechtsseitigen Rogatdeiches vom Galgenberge bei Sandhof bis zur Mündung bei Neu-Terranova;
 - b. der Stauedeiche gegen das Haff bei Neu-Terranova, sowie am Ostholm südlich von Dornbusch;
 - c. der Stauedeiche auf beiden Seiten des Elbingsflusses;
 - d. der Stauedeiche auf beiden Seiten des Kraffohlskanals;
 - e. der Stauedeiche auf beiden Seiten der Zischau;
 - f. der westlichen Stauedeiche gegen den Drausensee;
 - g. der linksseitigen Stauedeiche an der Sorge und zwar aufwärts bis zur Grenze des Deichverbandes;
- II. die Unterhaltung folgender Stauschleusen:
 - a. der Stauschleuse in der Papase,
 - b. der Stauschleuse im Neuen Graben,
 - c. der Stauschleuse im Hohen Graben,
 - d. der Stauschleuse in der Zischau bei Rahmehand,
 - e. der Stauschleuse in der Wansau.

Der Deichverband ist zur Beseitigung dieser Stauschleusen berechtigt, sobald die Deiche oberhalb derselben in der durch § 14 zu 3 vorgeschriebenen Höhe und Stärke ausgebaut sind.

Das Fortbestehen der Schleusen nach erfolgtem Ausbau der Deiche kann das Deichamt den Betheiligten gestatten, wenn sie die Verpflichtung zur Unterhaltung und etwaigen Erneuerung der Stauschleusen übernehmen.

III. Die Verbesserung und Unterhaltung von folgenden größeren Vorfluthen und deren Deichen:

- a. des verlorenen Zlieses von seinem Eintritt in den Deichverband und der Papase;
- b. der Baalau von ihrem Eintritt in den Deichverband und der Abbaune,
- c. der Höljeschen Thiene von ihrem Eintritt in den Deichverband (Mühlengraben),
- d. der Werderischen Thiene,
- e. der breiten Thiene,
- f. der Elbinger Thiene,

- g. der Schwansdorfer Thiene bis zu der planmäßig auszuführenden Abschließung,
- h. des Rittergrabens,
- i. des Wallgrabens,
- k. der Klettendorfer Vorfluth,
- l. des Hohen Grabens in der Gemarkung Fischau,
- m. der kleinen Fischau von der Flurgrenze Pr. Königsdorf-Fischau abwärts und des neuen Grabens,
- n. der alten Mogat,
- o. der Bachlaune bezw. des an Stelle derselben herzustellen den Vorfluthgrabens,
- p. des Werderschen Mühlengrabens,
- q. der Sommerauer Vorfluth,
- r. der Aschbudenschen Laale.

IV. 1. Die Kosten des Ausbaues, der Unterhaltung und der Vertheidigung der Mogat-Strombedeichung vom Galgenberge bis Neu-Terranova — I. a. — sowie die nach § 5 zu leistenden Beiträge zur Ausführung des Weichsel-Mogat-Regulirungsprojekts werden von allen Deichgenossen nach dem im § 20 festgesetzten Beitragsfuße getragen.

2. Die Kosten der Standeiche — I. b. bis g. — und der Stauschleusen unter II. d. und e. werden von den Deichgenossen des frühern Deichverbandes der rechtsseitigen Mogat-Niederung sowie von Neu-Terranova und den neu hinzutretenden Theilen von Baumgarth im Kreise Stuhm nach demselben Beitragsfuße getragen.

3. Die Kosten der Verbesserung und Unterhaltung der Anlagen zu II. a., b. und c. und zu III. werden nach Maßgabe eines besonders auszufertigenden und von dem Regierungs-Präsidenten zu besätigenden Vorfluth-Katasters von denjenigen Betheiligten, welche von diesen Anlagen Vortheile haben, nach Verhältniß der Fläche aufgebracht. Für die Feststellung des Katasters findet der § 21 des Statuts entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß diejenigen Flächen, welche in die zu III. bezeichneten Vorfluthen nicht entwässern, jedoch unter dem Schutze der Vorfluthdeiche liegen, mit der Hälfte des Beitrages heranzuziehen sind. Sand und Oedländereien sind mit einem entsprechend niedrigeren Beitrage zu veranlagern. Der Schutz der Vorfluthdeiche gegen Hochwasser kann den betheiligten Ortschaften von dem Deichamte übertragen werden. Gegen

einen derartigen Beschluß steht den Betheiligten, von dem Tage der Bekanntmachung ab gerechnet, binnen 4 Wochen die Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten zu Danzig offen, dessen Entscheidung endgültig ist.

§ 14.

Die in § 13 aufgeführten Deichanlagen sind von den Deichverbänden in folgenden Abmessungen auszuführen und zu unterhalten:

1. die Weichseldeiche auf einen Wasserstand von 11 Metern des Dirschauer Pegels,
2. die Nogatdeiche auf einen Wasserstand von 10,50 Metern des Marienburger Pegels, beide mit einer Kronenbreite von 4,7 Meter, wasserseitig einer dreifachen Böschungsanlage und landseitig einer zweifachen Anlage, sowie mit einer 5 m breiten und 3 m unter der Krone liegenden landseitigen Anschüttung,
3. die Stauendeiche je nach ihrer Lage auf 5 bis 6 m Höhe über den Nullpunkt des Seepegels zu Neufahrwasser, einer Kronenbreite von 1,6 bis 2,5 m und landseitig mit einer zweifachen, wasserseitig mit einer zwei und einhalbfachen Böschung.

Die Ueberfälle in den Deichen erhalten einen entsprechend schwächeren Querschnitt und geringere Höhe.

Eine weitere Erhöhung und Verstärkung der Deiche nach Vollendung des vorgeschriebenen Ausbaues bleibt den Deichverbänden in den von der Aufsichtsbehörde zu genehmigenden Abmessungen vorbehalten.

§ 15.

Die Verlegung der Deiche, die Verschließung alter, die Anlage neuer die Verlegung bezw. Vergrößerung oder Einschränkung vorhandener Ausfälle kann die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des zuständigen Deichamts anordnen, wenn eine derartige Veränderung zur Sicherung der Niederung nothwendig ist oder zur Ersparung unverhältnißmäßiger Kosten geboten erscheint.

Sind zur Unterhaltung des Deiches Uferdeckungen nothwendig, so sind dieselben von den Sonderdeichverbänden auszuführen. An den Verpflichtungen Dritter zur Ausführung von Uferbauten wird hierdurch Nichts geändert.

§ 16.

Das Eigenthum der bestehenden Deiche und Vorfluthanlagen, deren Unterhaltung die neuen Deichverbände übernehmen und deren Nutzung geht,

soweit sie den bisherigen Deichunterhaltungspflichtigen zugestanden haben, ebenso wie alle Rechte, welche auf den Quellungs- und Vorländerereien den bisherigen Deichgenossenschaften zuständig gewesen sind, auf die neuen Deichverbände unentgeltlich über.

Für den alten Deichkörper ist an den bisherigen Besitzer eine Entschädigung nicht zu zahlen. Privatrechte dritter Personen werden durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

§ 17.

Quellungswälle und Bruchstollverwaltungen unterhalten die Verbände, sobald und solange dieselben zur Sicherung der Deiche erforderlich sind. Die Entscheidung hierüber steht dem Deichamte auf Grund des vom Deichinspektor abzugebenden Gutachtens und nach Anhörung der Beteiligten zu.

Insofern in anderweitigem Interesse eine Unterhaltung dieser Verwaltungen nothwendig ist, haben die beteiligten Grundbesitzer dieselben zu bewirken. Die Zeit der Anspannung und Ablassung bestimmt das Deichamt.

§ 18.

Die Anlegung und Unterhaltung der Binnenverwaltungen, sowie der natürlichen und künstlichen Wassergänge, Schöpfwerke und sonstigen Anstalten zur Ent- und Bewässerung der Niederungsländereien ist von denjenigen zu bewirken, welchen die Pflicht hierzu bisher oblag.

Die Aufsicht über diese Anlagen, mit Ausnahme der unter Verwaltung des Staats stehenden öffentlichen Flüsse und Kanäle liegt dem zuständigen Deichhauptmann ob.

Diejenigen Grundstücke, welche von bestehenden oder neu einzurichtenden Ent- und Bewässerungsanlagen gemeinsamen Nutzen haben, sind nach Maßgabe der §§ 11 und 15 des Deichgesetzes, soweit dies noch nicht geschehen, zu Genossenschaften zu vereinigen. Insofern in den erlassenen Statuten der bereits bestehenden Deichgenossenschaften auf die Statuten der aufgehobenen Deichverbände Bezug genommen ist, treten an deren Stelle die Bestimmungen dieses Statuts.

Diejenigen Ent- und Bewässerungsverbände, Polder u., deren Verhältnisse noch nicht geregelt sind, haben bis zur gesetzlichen Regelung ihrer Verhältnisse zur Verwaltung ihrer Angelegenheiten einen Vorstand zu wählen, dessen Vorsitzender von dem Deichhauptmann ebenso wie die Vorsteher der Deich- und Entwässerungs-Genossenschaften zu bestätigen und

mittels Handshlages an Eidesstatt zu verpflichten ist. Diese Beamten stehen unter Oberaufsicht des zuständigen Deichhauptmanns, haben seinen Anordnungen pünktlich Folge zu leisten und können hierzu, sowie zur Erfüllung ihrer Pflicht von dem Deichhauptmann durch Anwendung von Zwangsmaßregeln nach Maßgabe des § 51 angehalten werden.

§ 19.

Die Deichverbände haben zur Abführung des infolge eines Deichbruches in das Verbandsgebiet hineinfließenden Ueberschwemmungswassers in den von ihnen zu unterhaltenden Deichen an den feststehenden bezw. noch festzustellenden Punkten Ausfälle auf ihre Kosten zu werfen und demnächst wieder zu schließen. Ingleicher Weise hat das Werfen und Schließen von Ausfällen in den Binnenverwallungen von den zur Unterhaltung dieser Wälle Verpflichteten zu geschehen. Die hierauf bezüglichen Anordnungen sind von dem zuständigen Deichhauptmann zu treffen.

Die näheren Bestimmungen über Werfen und Schließen der Ausfälle erläßt der Regierungs-Präsident im Wege der Polizei-Verordnung.

§ 20.

Als Maßstab für die Aufbringungen der Deichbeiträge gilt der Grundsteuer-Reinertrag und die Hälfte des Gebäudesteuer-Nutzungswertes.

Für die zur Grund- und Gebäudesteuer nicht veranlagten Grundstücke ist der Reinertrag und Nutzungswert nach den für die Grund- und Gebäudesteuer-Veranlagung maßgebenden Grundsätzen besonders zu ermitteln. Es finden jedoch folgende Beitrags-Ermäßigungen statt:

I. Im Danziger Deichverbände gilt als Beitragsmaßstab:

- a. für den Stadtkreis Danzig — mit Ausnahme der im Gebiete des Danziger Werders belegenen Theile —:
die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrages — 50 Prozent —
und ein zwanzigstel des Gebäudesteuer-Nutzungswertes — 5 Prozent —
- b. für Schellmühl, Saspe, Brösen, Oliva, Weichselmünde, Nieselsfeld, Holm, Heubude, Strohdeich-Troyl, Krakau, Westlich Neufähr:
die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrags — 50 Prozent —
und ein Viertel des Gebäudesteuer-Nutzungswertes — 25 Prozent. —;

II. Im Marienburger Deichverbände gilt als Beitragsmaßstab für Altendorf, Stobbendorf, Haberhorst, Neuendorf, Hintertor,

Holm, Hornkampe, Grenzdorf A. und B. und sämtliche Rampen östlich der Königsberger Weichsel:

die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrages — 50 Prozent — und ein Viertel des Gebäudesteuer-Nutzungswertes — 25 Prozent.

Sobald der im § 13 unter B. vorbehaltene Staudaich auf der Linie Jungfer-Bodenwinkel einschließlich der Schleusenanlagen fertig gestellt ist, gilt für den ganzen Umfang des Marienburger Deichverbandes der volle Grundsteuer-Reinertrag und die Hälfte des Gebäudesteuer-Nutzungswertes als Beitragsmaßstab.

III. Im Elbinger Deichverbande gilt als Beitragsmaßstab:

für den Kreis Pr. Holland sowie für die Ortschaften Bartkamm, Böhmischgut, Eichwalde, Grunau (Höhe), Hansdorf, Kammersdorf, Meislatein, Neuendorf, Plohn, Preuschmar, Serpien, Spittelhof, Wöcklig im Landkreise Elbing und für den bisher keinem Deichverbande angehörenden Theil des sogenannten Gemeindeguts der Neustadt im Stadtkreise Elbing:

die Hälfte des Grundsteuer-Reinertrages — 50 Prozent — und ein Viertel des Gebäudesteuer-Nutzungswertes — 25 Prozent —
— siehe auch § 13 C. unter IV. 1. —

Die schwimmenden und Rohrampen im Drausensee und dessen Zuflüssen bleiben, solange sie nicht eingewallt werden, von jeder Beitragspflicht befreit.

Außerdem bleiben die durch das Beitragskataster des Deichverbandes der rechtsseitigen Hogat-Niederung festgesetzten Beitragsermäßigungen — siehe § 21 — im Elbinger Deichverbande bestehen.

§ 21.

Auf Grund der vorstehenden Festsetzungen sind von dem Regierungs-Präsidenten Kataster-Entwürfe auszufertigen, welche vorläufig und vorbehaltlich der späteren Ausgleichung für die Einziehung der Deichbeiträge maßgebend sind.

Behufs endgültiger Feststellung der Kataster sind dieselben von dem Regierungs-Kommissarius den Deichämtern vollständig, den einzelnen Ortsvorständen auszugsweise mitzutheilen und ist zugleich im Amtsblatte eine vierwöchentliche Frist bekannt zu machen, innerhalb welcher die Kataster von den Betheiligten bei den Ortsvorständen und den Deichämtern

eingesehen und Beschwerde dagegen von ihnen und den Deichämtern bei dem Kommissarius angebracht werden kann.

Die eingehenden Beschwerden sind von dem Regierungs-Kommissarius unter Zuziehung der Beschwerdeführer, eines Deichamtsvertreters und der erforderlichen Sachverständigen, welche von dem Regierungs-Präsidenten ernannt werden, zu untersuchen.

Mit dem Ergebnisse der Untersuchung werden die Bethetheiligten, die Beschwerdeführer einerseits und der Deichamtsvertreter andererseits bekannt gemacht. Sind beide Theile mit den Ergebnissen einverstanden oder kommt eine sachgemäße Einigung zu Stande, so hat es dabei sein Bewenden und werden die Deichkataster demgemäß berichtigt.

Andernfalls werden die Akten dem Regierungs-Präsidenten zur Entscheidung über die Beschwerde eingereicht.

Wird die Beschwerde verworfen, so treffen die Kosten derselben den Beschwerdeführer. Binnen vier Wochen nach erfolgter Bekanntmachung der Entscheidung ist weitere Beschwerde dagegen an den Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten zulässig.

Nach erfolgter Feststellung der Deichkataster sind dieselben von dem Regierungs-Präsidenten auszufertigen und den Deichämtern zuzustellen. Einer neuen Aufstellung der Deichkataster für den Umfang der bisherigen Deichverbände des Großen Marienburger Werders und der rechtsseitigen Nogatniederung bedarf es nicht.

§ 22.

Die Deichämter haben alljährlich vor Beginn des neuen Rechnungsjahres die Fortschreibung der Deichkataster nach Maßgabe der Fortschreibung der Grund- und Gebäudesteuer-Kataster mit Hülfe der Katasterämter zu veranlassen und die Kataster-Abschriften mit dem Hauptkataster in Uebereinstimmung zu bringen. Zu diesem Zweck haben die Ortsvorstände alljährlich unaufgefordert die Katasterabschriften dem zuständigen Deichamte bis zum 20. März einzureichen.

§ 23.

Die Höhe der jährlich aufzubringenden Deichbeiträge richtet sich nach dem Bedürfnis und wird durch einen vor Beginn des Rechnungsjahres von dem Deichamte aufzustellenden Haushalts-Anschlag festgestellt. Reichen die anslagsmäßigen Deichbeiträge zur Bestreitung der Ausgaben nicht aus, so hat das Deichamt über die Ausschreibung weiterer Deichbeiträge zu beschließen.

§ 24.

Die Arbeiten der Deichverbände werden in der Regel nicht durch Naturalleistung der Deichgenossen, sondern unter Leitung der Deichbeamten für Geld ausgeführt.

Können diese Arbeiten jedoch nach dem Ermessen der Deichverwaltung für Geld nicht mit der nothwendigen Schleunigkeit oder nur mit großen Kosten beschafft werden, so ist das Deichamt befugt, auch Naturalleistungen zu diesen Arbeiten zu verlangen.

§ 25.

Die von dem Deichamte festgestellten Deichbeiträge werden von dem Deichhauptmann auf Grund des Deich-Katasters unter Angabe der Zahlungstage durch öffentliche Bekanntmachung ausgeschrieben.

Die Ortsvorsteher bezw. Ortserheber sind verpflichtet, die ausgeschriebenene Deichbeiträge nach Maßgabe der ihnen zuzustellenden Katasterabschrift auf die Deichgenossen ihrer Ortschaften zu vertheilen, rechtzeitig vor dem Zahlungstage einzuziehen und an diesem Tage pünktlich an den Deichrentmeister abzuführen. Die Ortsvorsteher bezw. Ortserheber haben die nicht rechtzeitig an sie abgeführten Deichbeiträge unverzüglich in einem Restverzeichnis zusammenzustellen und dieses Restverzeichnis dem Deichhauptmann zur Beitreibung der Rückstände im Wege des Verwaltungs-Zwangsverfahrens einzureichen. Sie können zur Erfüllung der ihnen durch diese Bestimmung auferlegten Pflicht von dem Deichhauptmann durch Zwangsmaßregeln nach Maßgabe des § 51 angehalten werden.

§ 26.

Zur Aushülfe bei Durchbrüchen der Hauptdeiche haben die Sonder-Deichverbände einen Sicherheitsbestand anzusammeln, welcher nach Vorschrift des § 39 des Vormundschaftsgesetzes vom 5. Juli 1875 zinslich zu belegen ist.

Die Höhe der zu diesem Zwecke alljährlich zurückzulegenden Summe wird:

- A. für den Danziger Deichverband auf 10000 M.,
- B. für den Marienburger Deichverband auf 20000 M.,
- C. für den Elbinger Deichverband auf 10000 M.

festgesetzt.

Die Zinsen fließen zu dem Sicherheitsbestande so lange, bis derselbe

- A. für den Danziger Deichverband die Höhe von 500 000 M.,
- B. für den Marienburger Deichverband die Höhe von 1 500 000 M.,
- C. für den Elbinger Deichverband die Höhe von 500 000 M.

erreicht hat

Alsdann sind die jährlichen Rücklagen einzustellen und die Zinsen zu den laufenden Ausgaben zu verwenden.

Das Deichamt kann eine Erhöhung dieses Sicherheits-Bestandes beschließen, denselben zu anderen außergewöhnlichen Ausgaben jedoch nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde verwenden, welcher auch die Befugniß zusteht, in einzelnen Fällen von der jährlichen Rücklage ganz oder theilweise Abstand zu nehmen!

§ 27.

Für sämtliche im Deichgebiet und im Vorlande belegenen Grundstücke gelten folgende Nutzungsbeschränkungen:

A. Im Binnenlande.

- a. Vor dem Fuße der Deichböschungen muß ein Schutzstreifen von einem Meter Breite liegen bleiben, welcher weder beädert noch bepflanzt, vielmehr nur zur Grasgewinnung oder zur Weide benutzt werden darf.
- b. Stein-, Sand-, Torf- und Erdgruben, Teiche, Brunnen und ähnliche Vertiefungen dürfen innerhalb 75 m vom inneren Fuße des Deiches nicht angelegt werden. Wird innerhalb dieser Entfernung die Anlage eines Grabens nothwendig, so darf derselbe nicht tiefer als 1 m sein.
- c. Neue Gebäude dürfen nur in einer Entfernung von 20 m vom Fuße des Deiches, wie derselbe nach § 1 ausgebaut werden soll aufgeführt werden. Wird bei einem schon nahe am Deiche stehenden Gebäude ein Bau nothwendig, welcher einem Neu- oder Umbau gleich zu achten ist, so soll das Gebäude ebenfalls auf 20 m vom Deichfuße zurückgelegt werden.
- d. Bäume dürfen auf dem Deichkörper weder gepflanzt noch geduldet werden.
- e. Binnenverwallungen, Quellungswälle, Vorfluthen und Zuggräben dürfen ohne Genehmigung des Deichhauptmanns weder angelegt noch verändert werden.

- f. Die Eigenthümer der an die Wassergänge grenzenden Grundstücke müssen bei der Räumung den Grabenauswurf auf ihre Grundstücke aufnehmen und denselben spätestens 4 Wochen nach der Räumung, wenn letztere aber vor der Ernte erfolgt, spätestens 4 Wochen nach der Ernte bis auf 3 Meter Entfernung vom Graben fortchaffen und einebnen.
- g. An jedem Borde der unter Schau gestellten Wassergänge muß ein Schutzstreifen von 0,6 m unbeackert und mit Weidevieh verschont bleiben.
- h. Innerhalb 1 m von jedem solcher Grabenborde dürfen Bäume, Hecken und Sträucher nicht gepflanzt, auch Bäume nicht gesetzt werden. Die zur Zeit bestehenden müssen, soweit sie nicht unschädlich sind, in einer von dem Deichhauptmann zu bestimmenden Frist entfernt werden.

B. Im Vorlande.

- a. Jeder Vorlandsbesitzer muß sich in einer Entfernung von 50 m vom Stromufer und ebenso weit vom Deichfuße das Aufsetzen und Lagern der Baustoffe des Deichverbandes, sowie die Fortschaffung derselben, wenn geeignete, dem Verbande gehörige Lagerstellen nicht vorhanden sind, gefallen lassen; auch darf das Vorland 12 m vom Deichfuße entfernt nicht geackert, oder von der Rasendecke entblößt werden.
- b. Bäume, Sträucher, Hecken, sowie Anlagen jeder Art sind im Vorlande nicht zu dulden, sofern sie nach dem Ermessen der zuständigen Strompolizeibehörde dem Abfluß des Wassers und dem Eisgange hinderlich sind.

Ausnahmen von den in diesem § unter A gegebenen Vorschriften können in ganz besonderen Fällen vom Deichamte mit Genehmigung des Regierungs-Präsidenten gestattet werden.

§ 28.

Behörden und Beamte des Deichverbandes sind:

das Deichamt,
 der Deichhauptmann,
 der Deichinspektor,
 der Deichrentmeister,
 der Deich-Sekretair,
 die Deichgeschworenen,

die Deichaufseher und Bühnenmeister,
die Bachbündner und
der Deichbote.

§ 29.

Das Deichamt besteht aus:

- a. dem Deichhauptmann oder dessen Stellvertreter als Vorsitzendem
- b. dem Deichinspektor und
- c. den Deichbezirks-Vertretern.

Die Zahl der Bezirks-Vertreter wird für

- A. den Danziger Deichverband auf 7,
- B. den Marienburger Deichverband auf 11,
- C. den Elbinger Deichverband auf 10

festgesetzt. Für jeden Bezirksvertreter ist ein Stellvertreter zu wählen.

§ 30.

Zur Wahl der Bezirks-Vertreter, welche im Marienburger Deichverbande zugleich das Amt der Deichgeschworenen bekleiden, und ihrer Stellvertreter werden folgende Wahlbezirke gebildet:

A. Im Danziger Deichverbande.

1. Wahlbezirk.

Dirschau, Stangenberg, Umäu, Groß und Klein Czattkau, Gütlland, Kriestohl, Stübblau, Werdin, Liebschau, Rostitten, Liebenhof, Spangau, Klein Schlang, Damerau, Mestlin, Biesenau, Mahlin, Kothling, Hohenstein, Mühlbanz, Schönwarling, Rosenberg, Langenau und die Niederungsgrundstücke des königlichen Domänen-Fiskus bei Rathstube, Subkau und Mühlbanz.

2. Wahlbezirk.

Ostervick, Gemlit, Wositz, Zugdam, Herrengrebin, Praust, Ruffoschin, Gr. Sudzohn, Zipplau, das Bodenbruch, das Trutenauer Herrenland und der Grebner Wald und Langfelde.

3. Wahlbezirk.

Legkau, Roesemart, Gr. Zünder, Trutenau, Grebnerfeld, Mönchengrebin Gemeinde und Gut, Rostau, die Woyanower Viertel und Gischkau.

4. Wahlbezirk.

Bohnsack, Bohnsackerweide, Worderl, Mehrunger Forst, Kronenhof, Schnalenburg, Schiewenhorst, Einlage, Schmerblock, Schöntroht, Al. Zünder, Herzberg, Schoenau, Sperlingsdorf, Landau.

5. Wahlbezirk.

Breitfelde, Wesselfinken, Reichenberg, Torwerf und Dorf Quadenborn, Neunhuben, Hochzeit, Scharfenberg, Gottswalde und Woglass.

6. Wahlbezirk.

Gr. und Kl. Plehnendorf, Neuendorf, Gr. und Kl. Walddorf, Sandweg, Dyra, Guteherberge, Kemnade, Nobel, Muggenhall, Krampitz, Scharfenort, Rassenhuben, St. Albrecht, Alt-Schottland und Stadtgebiet.

7. Wahlbezirk.

Stadtkreis Danzig — mit Ausnahme der dem 6. Wahlbezirk zugeheilten Gebiete — Schellmühl, Saspe, Brösen, Oliva, Weichselmünde, Niesel-feld, Holm, Heubude, Strohdeich-Troyl, Krakau, Westlich Neufähr.

B. Im Marienburger Deichverbaude.

1. Wahlbezirk. — Das Montauer Deichrevier. —

Forstgutsbezirk Belpin, Klein Montau, Groß Montau, Viehterfelde, Rentau, Gnojau, Kunzdorf, Altweichsel, Vießau Klein Pichtenau, Königliche Eisenbahn-Verwaltung.

2. Wahlbezirk. — Das Pichtenauer Deichrevier. —

Gr. Pichtenau, Damerau, Barendt, Balfchau, Bordenau, Parschau, Trampenau.

3. Wahlbezirk. — Das Neuteicher Deichrevier. —

Stadt Neuteich, Neuteichsdorf, Neuteicher-Hinterfeld, Mierau, Bröske, Prangenau, Neufirch, Schönhorst.

4. Wahlbezirk. — Das Baarenhöfer Deichrevier. —

Schöneberg, Schönsee, Neunhuben, Ladekopp, Tiege, Neumünsterberg Mierauerwalde, Bierzehnhuben, Baarenhof, Bärwalde, Järstenwerder, Königliche Kanalbau-Verwaltung.

5. Wahlbezirk. — Das Scharpanische Deichrevier. —

Zantendorf, Klein Brunnau, Gr. Brunnau, Bogtei, Alteballe, Beiershorst, Neuteicherwalde, Schwentenlampe, Rischwerder, Scharpan, Susewald, Rehwalde, Kalteherberge, Lakenwalde, Tiegenort, Tiegenhagen, Tiegerweide, Reimerswalde, Platenhof, Orloff, Orloffersfelde, Siebenhuben, Piehtendorf.

6. Wahlbezirk. — Das Rehrunder Deichrevier. —

Schönbaum, Schönbaumerweide mit Danziger Haupt, Lehlaunerweide, Nidelswalde, Prinzlaff, Freienhuben, Pasewark mit Faulelaake, Pasewarkerhuben und Neuwelt, Gutsbezirk Rehrunder Forst, Jiesewald, Junfer-trophhof, Junfertroyl, Sieegnerwerder, Glabitsch, Junferader.

7. Wahlbezirk. — Das Schönaauer Deichrevier. —

Bernersdorf, Schönaa, Nielsen, Altmünsterberg, Stadtfelde, Dammfelde, Vogelhang, Vorstadt Kalthof von Marienburg, Schloß Kalthof, Heubuden, Siemonsdorf, Altenau, Trappenfelde.

8. Wahlbezirk. — Das Lesewitzer Deichrevier. —

Barnau, Tralan, Peste, Diebau, Brodsack, Eichwalde, Jergang, Tragheim, Raminke, Blumstein, Herrenhagen, Schadowalde, Klein Lesewitz, Groß Lesewitz, Tannsee.

9. Wahlbezirk — Das Elbinger Deichrevier. —

Halbstadt, Lindenau, Niedau, Marienau, Rückenau, Fürstenau, Klein Mausdorf, Groß Mausdorf, Lupushorst, Krebsfelde, Horsterbusch, Wiedau.

10. Wahlbezirk. — Das Tiegendorfer Deichrevier. —

Stadt Tiegendorf, Petershagen, Petershagerfeld, Pleßendorf, Reinland, Neustädterwald, Hegewald, Goldberg, Fürstenaumerweide, Walldorf, Rosenort, Blumenort, Latendorf, Jungfer, Keitelau, Neulanghorst, Klein Mausdorferweide, Altendorf, Neuendorf, Haberhorst, Hinterthor, Stobendorf, Holm, Hornlampe, Königliche Domänen-Verwaltung Grenzdorf A.

11. Wahlbezirk. — Das Hassrevier. —

Steegen, Gemeinde und Gut Stutthof, Neutrügerslampe, Grofschenlampe, Haus- und Laschenslampe, Fischeballe, Poppau, Grenzdorf B.

C. Im Elbinger Deichverbande.

1. Wahlbezirk.

Jonasdorf, Ragnase, Klettendorf, Königsdorf, Ledlau, Liebenthal, Barwerk, Pruppendorf, Sandhof, Schönwiese, Birkenfelde, Gr. Heringshöft, Kl. Heringshöft, Laase, Losendorf, Mahlau, Schroop, Tefsendorf.

2. Wahlbezirk.

Altfelde, Fischeau, Fischeauerfelde, Grunau, Pr. Königsdorf, Rykoit, Nozendorf, Rothebude, Schlöblau, Sommerau, Sparau.

3. Wahlbezirk.

Kladendorf, Reichfelde, Pr. Rosengarth, Stalle, Thiergarth, Thiergarthsfelde, Thörigthof, Gildenfelde, Jordanken, Kommerau, Abl. Neudorf, Pöfilge.

4. Wahlbezirk.

Augustwalde, Campenau, Cronsnest, Sorgenort, Spitzendorf, Stobendorf, Baumgarth, Gr. Brodsende, Kl. Brodsende, Lichtfelde.

5. Wahlbezirk.

Alt-Rosengarth, Baalau, Eichenhorst, Hohenwalde, Ruduck, Markus-
hof, Reichhorst, Rosenort, Schwandorf, Thiensdorf, Wengeln, Wengelwalde.

6. Wahlbezirk.

Aischbuden, Aerbshorst, Möcklenberg, Moosbruch, Oberkerbswalde,
Rohgarten, Stedtfuß, Torsbruch, Unterkerbswalde.

7. Wahlbezirk.

Amalienhof, Fichthorst, Friedrichsberg, Goppenau, Neuhof, Neukirch
Niederung, Rogathau, Schlammfack, Schwarzdamm, Wansau, Gr. Wickerau,
Al. Wickerau.

8. Wahlbezirk.

Ellerwald I. Trift, Ellerwald II. Trift, Ellerwald III. Trift, Eller-
wald IV. Trift, Ellerwald V. Trift, Kraffohlsdorf, Jeyer.

9. Wahlbezirk.

Stadt Elbing, Alt-Terranova, Bollwerk, Fischerskampe, Herrenpfel,
Lärchwalde, Neu-Terranova, Groß Möbern.

10. Wahlbezirk.

Barthamm, Böhmischgut, Eichwalde, Grunau (Höhe), Hansdorf,
Kämmerisdorf, Meislstein, Neuendorf, Plohn, Preuschkamp, Serpien,
Spittelhof, Wöcklig, Althof, Blumenau, Neu Campenau, Groffen, Drausenau,
Drausenhof, Hirschfeldt, Hohenhof, Kleppe, Langenreihe, Mariensfelde,
Neugut, Stümswalde, Gr. Tappeln, Klein Tappeln, Weesendorf, Weesfen-
hof, Wiese, Gut und Gemeinde Alt-Dollstädt, Gut und Gemeinde Neu-
Dollstädt, Heiligenwalde, Kühlborn, Powunden, Neu-Powunden.

Eine Abänderung der Wahlbezirke nach Maßgabe der Beitragswerthe
wird nach Anhörung des Reichamts und des Regierungs-Präsidenten dem
Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten vorbehalten.

§ 31.

Jeder Wahlbezirk wählt einen Bezirks-Vertreter und einen Stell-
vertreter auf sechs Jahre. Alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Bezirks-
vertreter und Stellvertreter aus und wird durch Neuwahl ersetzt. Die das
erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Aus-
scheidenden können wiedergewählt, zur Annahme der Wahl aber nicht ge-
zwungen werden.

Wird das Amt eines Bezirksvertreters oder Stellvertreters durch Tod,
Aufhören der Wählbarkeit oder andere Fälle dauernd erledigt, so findet
für die Dauer der Wahlperiode des Ausgeschiedenen eine Ersatzwahl statt.

§ 32.

Wählbar zu dem Amte eines Bezirks-Vertreters bezw. Stellvertreters derselben ist jeder nach § 33 stimmberechtigte großjährige Deichgenosse, welcher sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet und nicht Unterbeamter des Verbandes ist. Die Vertreter der theilhaftigen fiskalischen und städtischen Behörden sind ebenfalls wählbar. Mit dem Aufhören der Wählbarkeit verliert die Wahl ihre Gültigkeit.

Vater und Sohn, sowie Brüder dürfen nicht zugleich Mitglieder des Deichamtes sein. Sind dergleichen Verwandte zugleich gewählt, so wird der ältere allein zugelassen. Die Wahl wird von dem Deichhauptmann oder einem von ihm ernannten Wahlvorsteher geleitet.

§ 33.

Bei der Wahl der Bezirksvertreter und deren Stellvertreter wird das Stimmrecht nach Verhältniß der Beitragspflicht zu den Deichlasten ausgeübt, dergestalt, daß jeder Besitzer eines Grundstücks, welches mit 300 Mt. Reinertrag bezw. Nutzungswerth beitragspflichtig ist, das Recht hat, eine Stimme abzugeben, wenn der Besitzer mit seinen Deichbeiträgen nicht im Rückstande ist und sich im Vollbesitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Besitzer größerer Grundstücke haben nach Maßgabe der vorstehenden Festsetzungen eine der Größe und der Beitragspflicht ihrer deichpflichtigen Grundstücke entsprechende Zahl Stimmen abzugeben, wogegen die Besitzer solcher Grundstücke, welche zur Abgabe einer Stimme nicht berechtigen, sich ortschaftsweise durch einen bevollmächtigten Deichgenossen bei den Wahlen vertreten lassen können. Der Bevollmächtigte hat in diesem Falle das Stimmrecht nach Verhältniß der Gesamtgröße der Beitragspflicht der von ihm vertretenen Grundstücke auszuüben.

In jeder Ortschaft macht nur das innerhalb der Feldmark belegene Besitztum stimmberechtigt.

Der Deichhauptmann ist berechtigt, die Mitwirkung der Gemeindevorsteher bei den Wahlen in Anspruch zu nehmen.

§ 34.

Die Zusammenberufung des Deichamtes erfolgt, so oft ein Bedürfnis hierzu vorliegt, durch den Vorsitzenden. Das Deichamt muß jedoch zusammenberufen werden, sobald es von dem vierten Theile seiner Mitglieder verlangt wird.

Die Art und Weise der Einladung zu den Sitzungen des Deich-

amtes wird von demselben ein für alle Mal festgestellt. Die Einladung geschieht unter Angabe der zu verhandelnden Gegenstände und muß, mit Ausnahme dringender Fälle, mindestens sieben Tage vor der Sitzung in den Händen der Deichamtsmitglieder sein. Ob die vorliegenden Gegenstände dringend sind, unterliegt allein der Beurtheilung des Deichhauptmanns.

§ 35.

Das Deichamt ist nur beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder zugegen ist. Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn das Deichamt zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammenberufen ist und die Mitglieder dennoch nicht in genügender Anzahl erschienen sind. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden.

§ 36.

Das Deichamt faßt seine Beschlüsse nach Stimmenmehrheit seiner Mitglieder, welche gleiches Stimmrecht haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 37.

An den Verhandlungen über Rechte und Pflichten des Deichverbandes darf derjenige nicht Theil nehmen, dessen Vortheile mit denen des Verbandes im Widerspruch stehen. Kommt wegen dieser Ausschließung selbst mit Hülfe der Stellvertreter eine beschlußfähige Versammlung nicht zu Stande so hat der Deichhauptmann oder wenn dieser aus dem vorgedachten Grunde theilhaftig ist, der Regierungs-Präsident für die Wahrung der Gerechtsame des Deichverbandes zu sorgen und nöthigenfalls einen besonderen Vertreter für denselben zu stellen.

§ 38.

Ueber die Beschlüsse des Deichamtes ist eine Verhandlung aufzunehmen, welche die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder enthalten muß. Die Verhandlung wird von dem Vorsitzenden und mindestens 3 Mitgliedern unterzeichnet. Die Stelle der letzteren kann der Deich-Sekretair oder ein von dem Deichamte gewählter, in einer Deichamts-sitzung eidesstattlich verpflichteter Schriftführer vertreten.

§ 39.

Das Deichamt hat über alle Angelegenheiten des Deichverbandes zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich den Deichbeamten überwiesen

sind. Die von dem Deichamte gefaßten Beschlüsse sind für den Deichverband verpflichtend.

Die Mitglieder des Deichamtes sind an keinerlei Aufträge und Anweisungen ihrer Wähler und Wahlbezirke gebunden. Das Deichamt beaufsichtigt die Verwaltung. Dasselbe ist berechtigt, sich von der Ausführung seiner Beschlüsse und der bestimmungsmäßigen Verwendung der Einnahme des Verbandes Ueberzeugung zu verschaffen. Es kann zu diesem Zwecke die Verhandlungen über Deichangelegenheiten einsehen und hierzu Ausschüsse aus seiner Mitte ernennen.

§ 40.

Zu den besonderen Obliegenheiten des Deichamtes gehören:

- a. Feststellung der zur Erfüllung der Pflichten des Verbandes notwendigen Bauten und Anlagen, sowie der Bauanschläge und der zur Ausführung derselben erforderlichen Ausgaben,
- b. Berichtigungen des Deichkatasters,
- c. Erlaß und Stundung der Deichlassenbeiträge,
- d. Vertheilung der Naturalleistungen,
- e. Erlaß von Bestimmungen über das Beziehen der Wachen bei Eisgängen und Hochwasser, insbesondere über die Stärke der Mannschaften, die Ortschaften, von welchen dieselben zu stellen sind, sowie über die an jeder Wachbude für den Fall der Gefahr bereitzuhaltenden Eiswachgeräthschaften 2c,
- f. Vergütung für die zu Deichzwecken abgetretenen Grundstücke und entnommenen Baustoffe,
- g. Benutzung der Grundstücke und des sonstigen Vermögens des Deichverbandes,
- h. Verträge und Vergleiche, welche Gegenstände von 200 M. und mehr betreffen,
- i. Feststellung des jährlichen Voranschlages für die Einnahmen und Ausgaben der Deichkasse und Abnahme der vom Deichrentmeister zu legenden Jahresrechnung,
- k. Wahl folgender Beamten:
 1. des Deichhauptmannes und seines Stellvertreters,
 2. des Deichinspektors,
 3. des Deichrentmeisters,

4. des Deichsekretärs,

5. der Deichgeschworenen.

Bei der Wahl des Deichhauptmanns, seine Stellvertreter und des Deichinspektors sind die Bestimmungen der §§ 41, 44 und 45 zu berücksichtigen.

1. Feststellung der diesen Beamten, sowie den vom Deichhauptmann zu ernennenden Unterbeamten des Verbandes zu gewährenden Besoldungen, Entschädigungen, Ruhegehälter, Reisefkosten und Tagegelder und etwaigen außerordentlichen Beihilfen.

§ 41.

Zu den Sitzungen des Deichamtes sind mit gleichem Stimmrecht, wie die Deichamtsmitglieder, die Stellvertreter hinzuziehen, wenn es sich um

- a. die Wahl des Deichhauptmanns und des Deichinspektors,
- b. Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken,
- c. Aufnahme von Anleihen,
- d. Abänderungen des Statuts und
- e. Aufstellung eines Planes zum Ausbau der Deiche nach § 14 dieses Abschnitts

handelt.

An der Wahl des Deichhauptmanns nimmt jedoch der Deichinspektor nicht Theil.

§ 42.

Zur Theilnahme an den Frühjahrs- und Herbstdeichschau hat das Deichamt alljährlich einen Ausschuß aus der Zahl der Bezirksvertreter zu wählen.

Es ist jedoch auch jedem anderen Mitgliede des Deichamtes gestattet, den Schauen beizuwohnen.

§ 43.

Die Bezirksvertreter haben das Recht und die Pflicht, auch außerhalb der Sitzungen des Deichamtes die Angelegenheiten des Deichverbandes, sowie die Unterbeamten zu überwachen und die Wünsche der Deichgenossen ihres Bezirks dem Deichhauptmann oder dem Deichamt vorzutragen.

§ 44.

An der Spitze der Deichverwaltung steht der Deichhauptmann. Er wird nach Vorschrift des § 41 unter Leitung eines von dem

Regierungs-Präsidenten ernannten Wahlvorstehers auf 12 Jahre gewählt und ist nach Ablauf seiner Amtszeit wieder wählbar.

Zum Deichhauptmann können auch Personen gewählt werden, welche nicht Deichgenossen sind.

§ 45.

Zur Vertretung des Deichhauptmanns unter Leitung des letzteren wird von den Bezirksvertretern aus ihrer Mitte ein Stellvertreter auf die Dauer von 3 Jahren gewählt, welcher die Geschäftsführung übernimmt, wenn der Deichhauptmann auf längere Zeit behindert ist. Der Stellvertreter ist nach Ablauf seiner Amtszeit ebenfalls wieder wählbar.

Sein Amt als stellvertretender Deichhauptmann erlischt, sobald er aus dem Deichamte ausscheidet. Im Elbinger Deichverbande kann für kürzere Zeit und zwar für die Dauer von 3 Tagen der Deichsekretär den Deichhauptmann in Behinderungsfällen vertreten. Es bedarf jedoch hierzu für die Person des Deichsekretärs der Genehmigung des Regierungs-Präsidenten.

§ 46.

Der Deichhauptmann und sein Stellvertreter werden von dem Regierungs-Präsidenten bestätigt und von einem Beauftragten desselben in öffentlicher Sitzung des Deichamtes vereidigt.

Wird die Bestätigung der Wahl versagt, so schreitet das Deichamt zur neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt oder die Wahl verweigert, so steht dem Regierungs-Präsidenten die Ernennung auf höchstens ein Jahr zu.

§ 47.

Der Deichhauptmann verpflichtet die Mitglieder des Deichamtes, sowie die nach § 40 ad k. 2 bis 5 zu wählenden Deichbeamten in gewöhnlicher Sitzung des Deichamtes mittelst Handschlages an Eidesstatt.

Die Unterbeamten sind von dem Deichhauptmann nach seinem Ermessen in Eid und Pflicht zu nehmen.

§ 48.

Als Verwaltungsbehörde des Deichverbandes hat der Deichhauptmann folgende Obliegenheiten:

- a. bei den Versammlungen des Deichamtes die Verhandlungen zu leiten, die Sitzungen zu eröffnen und zu schließen und die Ordnung in denselben zu handhaben;

- b. die Gesetze und die Verordnungen der vorgesetzten Behörden zur Ausführung zu bringen;
- c. die Beschlüsse des Deichamtes vorzubereiten und auszuführen.

Der Deichhauptmann hat die Ausführung solcher Beschlüsse des Deichamtes, die er für gesetzwidrig oder für das Gemeinwohl nachtheilig erachtet, zu beanstanden und die Entscheidung des Regierungs-Präsidenten einzuholen. Gestatten es die Umstände, so ist zuvor in der nächsten Sitzung des Deichamtes nochmals eine Verständigung zu versuchen;

- d. die Grundstücke und Einkünfte des Verbandes zu verwalten und die auf dem Voranschlage oder besonderen Deichamtsbeschlüssen beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen;
- e. das Rechnungs- und Kassenwesen zu überwachen und die Kasse unter Hinzuziehung der zu diesem Zwecke vom Deichamte gewählten zwei Mitglieder zu prüfen;
- f. den Deichverband in Streitfachen, sowie überhaupt nach außen zu vertreten, im Namen desselben mit Behörden und Personen zu verhandeln, den Schriftwechsel zu führen und die Urkunden des Verbandes in der Urschrift zu vollziehen.

Die Ausfertigung der Urkunden werden Namens des Verbandes von dem Deichhauptmann oder seinem Stellvertreter gültig unterzeichnet, indeß ist zu Verträgen und Vergleichen über Gegenstände von zweihundert Mark und mehr der genehmigende Beschluß oder Vollmacht des Deichamtes beizubringen. Verträge oder Vergleiche unter zweihundert Mark schließt der Deichhauptmann allein rechtsverbindlich ab und hat nur die Verhandlungen nachträglich dem Deichamte zur Kenntnisaufnahme vorzulegen;

- g. die Urkunden und Verhandlungen des Verbandes aufzubewahren;
- h. die Deichkastenbeiträge und Naturalleistungen nach dem Deichkataster und den Beschlüssen des Deichamtes auszuscheiden und die Vortreibung aller Beiträge und Strafgebühren von den Säumigen im Wege des Verwaltungs-Zwangsverfahrens zu bewirken, wobei der Deichhauptmann die Hülfe der Ortspolizeibehörden in Anspruch nehmen kann, welche seinem Ersuchen Folge zu leisten haben;
- i. die Deichbeamten zu beaufsichtigen, von den Arbeiten des Deich-Inspektors Kenntniß zu nehmen, die Deich- und Grabenschauen

nach Verabredung mit dem Deich-Inspektor auszusprechen und die Deichschauern mit dem dazu gewählten Ausschusse abzuhalten.

Ueber den Befund bei den Deichschauern ist eine Verhandlung aufzunehmen;

- k. nach dem Jahresschluß dem Deich-Amte einen Jahresbericht über die Ergebnisse der Verwaltung vorzulegen;
- l. die ihm vom Deichrentmeister vorzulegenden Haushaltsanschläge, sowie die Jahres-Rechnungen zu prüfen und mit seinen Bemerkungen dem Deichamte zur Feststellung vorzulegen;
- m. den Haushaltsanschlag vor der Feststellung und die Jahresrechnung nach der Feststellung 14 Tage lang im Geschäftszimmer des Deichamtes zur Einsicht der Deichgenossen offen zu legen;
- n. die Zahlungs-Anweisungen auf die Deichkasse zu vollziehen;
- o. die Berichtigungen des Deichkatasters unter Beifügung des hierüber vom Deichamte gefaßten Beschlusses oder der Verfügung der Aufsichtsbehörde in beglaubigter Abschrift zu veranlassen.

§ 49.

Gegen die Unterbeamten kann der Deichhauptmann Ordnungsstrafen bis zur Höhe von neun Mark verfügen, sowie ihnen die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagen. Beschwerden gegen derartige Verfügungen des Deichhauptmanns sind nur binnen 2 Wochen an den Regierungs-Präsidenten statthaft.

§ 50.

Der Deichhauptmann handhabt die örtliche Deich- und Wasserpolizei sowie die Wegpolizei auf den Deich-Anlagen mit Ausnahme der Chaussees und hat in den seiner Verwaltung anheimfallenden Angelegenheiten das Recht der vorläufigen Straffestsetzung nach Maßgabe des Gesetzes vom 23. April 1883 (G.-S. S. 65).

§ 51.

Der Deichhauptmann kann in Ausübung der ihm durch dieses Statut beigelegten Befugnisse die von ihm getroffenen Anordnungen, sowie die Beschlüsse des Deichamtes durch Anwendung derjenigen Zwangsmaßregeln durchsetzen, welche nach Vorschrift des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 der Ortspolizeibehörde zustehen.

Die Verfügung kann des Widerspruchs ungeachtet zur Ausführung

gebracht werden, wenn dieselbe nach dem Ermessen des Deichhauptmanns ohne Nachtheil für den Verband oder dritter Personen nicht ausgesetzt bleiben kann.

§ 52.

Die von dem Deichhauptmann endgültig festgesetzten Polizeistrafen sowie die im Zwangswege festgesetzten Geldstrafen und die Ordnungs-Strafgelder fließen in die Deichkasse.

§ 53.

Der Deich-Inspektor, welcher die Befähigung eines Königlich-Regierungs-Baumeisters haben muß, und dessen Wahl und Bestätigung unter denselben Bedingungen erfolgt, wie diejenige des Deichhauptmanns, leitet die technische Verwaltung des Deichverbandes. Denselben ist bei größeren Arbeiten die erforderliche Hülfe zu gewähren.

§ 54.

Der Deich-Inspektor hat insbesondere folgende Obliegenheiten:

- a. die Anschläge für Unterhaltung und Herstellung der Verbands-Anlagen aufzustellen und dem Deichhauptmann zur Einholung der Genehmigung des Deichsamtes einzureichen,
- b. die Unterhaltung der Verbandsanlagen zu beaufsichtigen und dafür zu sorgen, daß dieselben sich stets in einem ihrem Zwecke entsprechenden wehrfähigen Zustande befinden,
- c. den Deichschau zu beizuwohnen,
- d. die Entscheidung des Regierungs-Präsidenten einzuholen, falls von dem Deichsamte die Genehmigung zur Ausführung von Arbeiten verjagt wird, welche nach seiner Meinung ohne Gefährdung des Deichverbandes oder einzelner Gebietstheile desselben nicht aufgeschoben werden können,
- e. die Ausführung der vom Deichsamte beschlossenen oder von der Aufsichtsbehörde angeordneten Arbeiten zu veranlassen, zu leiten und abzunehmen, sowie die Rechnungen aufzustellen und mit seiner Unterschrift zu vollziehen,
- f. die Erhaltung und Ergänzung sowie Berichtigung der vorhandenen Karten zu veranlassen und ein Verzeichniß derselben anzulegen und fortzuführen,
- g. die Aufträge des Deichsamtes, des Deichhauptmannes und der Aufsichtsbehörden auszuführen und etwa erforderliche, auf die Verbandsanlagen bezügliche Gutachten abzugeben,

- h. dem Deichhauptmann Nachricht zu geben, wenn er das Beziehen der Eis- oder Wasserwachen für nothwendig erachtet,
- i. beim Aufziehen der Eis- und Wasserwachen das Hauptquartier zu beziehen oder an den von ihm für, nothwendig gehaltenen Stellen mit Zustimmung des Deichhauptmannes seinen Aufenthalt zu nehmen und die erforderlichen Schutz- und Sicherheitsmaßregeln anzuordnen und zu leiten, wobei die Deichgeschworenen, Unterbeamten, Wach- und Hilfsmannschaften verpflichtet sind, seinen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten,
- k. in dringenden Fällen, wenn unvorhergesehene Umstände Arbeiten nothwendig machen, deren Ausführung ohne Schädigung des Verbandes nicht aufgeschoben werden kann, die Arbeiten unter seiner Verantwortlichkeit anzuordnen. Es müssen aber die getroffenen Anordnungen und die Gründe, welche die unverzügliche Anordnung nothwendig gemacht haben, gleichzeitig dem Deichhauptmann angezeigt und, wenn Letzterer sich nicht einverstanden erklären sollte, die Entscheidung des Regierungs-Präsidenten angerufen werden. Dem Deichamte ist in der nächsten Versammlung hiervon gleichfalls Anzeige zu machen.

§ 55.

Der Deichrentmeister verwaltet die Deichkasse und führt das Deichkataster. Derselbe ist verpflichtet, den Bestand der Kasse sorgfältig und sicher aufzubewahren und haftet für alle durch sein Verschulden entstandenen Verluste mit seinem Vermögen. Er hat als Bürgschaft hierfür eine Geldsumme in Baar oder sicheren Werthpapieren zu hinterlegen, deren Höhe vom Deichamte festgestellt wird.

§ 56.

Der Deichrentmeister hat insbesondere

- a. die jährliche Fortschreibung des Deichkatasters durch das Katasteramt zu veranlassen,
- b. den Haushalts-Anschlag unter Berücksichtigung der Anweisungen des Deichhauptmanns zu entwerfen und dem Letzteren den Entwurf vorzulegen,
- c. die Einnahme der Deichkasse einzuziehen, die Reßlisten aufzustellen und dem Deichhauptmann einzureichen,
- d. die Zahlungen aus der Deichkasse nach den Anweisungen des Haus-

halts-Anschlages und des Deichhauptmanns zu bewirken, mit dessen Genehmigung er sich bei Auszahlung von Geldern durch die Deichgeschworenen vertreten lassen kann,

e. die jährliche Deichkassenrechnung zu legen,

f. das Deichkataster nach den Verfügungen des Deichhauptmanns zu berichtigen.

Das Amt des Deichrentmeisters kann mit dem Amt des Deichsekretairs verbunden werden. Hierzu ist die Genehmigung des Regierungs-Präsidenten in jedem einzelnen Falle einzuholen.

§ 57.

Der Deich-Sekretair hat bei den Deichschau und Versammlungen des Deichamtes die Verhandlung aufzunehmen und im Allgemeinen die schriftlichen Arbeiten zu erledigen.

Werden ihm auch die größeren Arbeiten, welche mit der Geschäftsführung des Deichamtes verbunden sind, übertragen, so ist ihm die erforderliche Hülfe Seitens des Deichamts zu gewähren.

§ 58.

Der Deichhauptmann theilt nach Anhörung des Deichamtes den Deichverband in mehrere Aufsichtsbezirke. Für jeden Aufsichtsbezirk wählt das Deichamt aus der Zahl der Deichgenossen einen Deichgeschworenen und einen Stellvertreter auf die Dauer von 6 Jahren. Die das Deichamt bildenden Bezirksvertreter und Stellvertreter derselben sind ebenfalls wählbar.

§ 59.

Die Deichgeschworenen sind verpflichtet, den Anordnungen des Deichhauptmanns und Deichinspektors Folge zu leisten und dieselben, namentlich in den örtlichen Geschäften des Bezirks zu unterstützen. Sie haben im gewöhnlichen Laufe der Verwaltung eine Mitaufsicht über den Zustand der Deiche und die sonstigen Anlagen des Deichverbandes zu führen, von dem Zustand derselben fortwährend Kenntniß zu nehmen, den Deichschau in ihrem Bezirke beizuwohnen und etwaige Mängel, sowie auch Beschwerden und Anträge der Deichgenossen ihres Bezirks dem Deichhauptmann anzuzeigen.

Hinsichtlich der Entwässerung und Bewässerung haben sie darauf zu halten, daß die zu diesem Zweck bestehenden Anlagen stets von den Verpflichteten in ordnungsmäßigem Zustande erhalten und Unregelmäßigkeiten bei Handhabung der Ent- und Bewässerung sofort beseitigt oder zur

Kenntniß des Deichhauptmanns gebracht werden. Der Deichhauptmann und der Deichinspector können die Deichgeschworenen innerhalb ihres Bezirks in allen Deich-Ent- und Bewässerungssachen mit Führung und Aufnahme einfacher Untersuchungen und Verhandlungen bei vorkommenden Bauten, mit Beaufsichtigung der Unterbeamten und Arbeiter, mit der Abnahme der zu liefernden Baustoffe, sowie mit Ablohnung der Arbeiter auf der Baustelle beauftragen.

Bei Eis- und Wasserwachen sind die Deichgeschworenen in ihren Bezirken Vorgesetzte der Wachmannschaften. Sie haben die Wachbuden ihres Bezirks zu beaufsichtigen, das Vorhandensein der erforderlichen Eiswachgeräthschaften zu prüfen, Anordnungen zu treffen, bei schadhafte Stellen die Arbeiten zu leiten und von außergewöhnlichen Ereignissen, welche auf die Eis- und Wasserverhältnisse Bezug haben, dem Deichhauptmann und dem Deichinspector sofort Bericht zu erstatten. Sie haben ferner darauf zu halten, daß die Anordnungen des Deichhauptmanns und Deichinspectors genau und unverzüglich befolgt und ausgeführt werden. Im Falle der Noth haben sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Hülfsmannschaften herbeizurufen, wenn die Mannschaften ihres Bezirks voraussichtlich nicht im Stande sind, die drohende Gefahr ohne Beistand abzuwenden.

§ 60.

Zu den Unterbeamten des Deichverbandes sind zu zählen:

- a. die Deichaufseher und Bühnenmeister,
- b. die Wachbüdner,
- c. der Deichbote.

Die Zahl der Unterbeamten bestimmt das Deichamt, welches auch die denselben zu gewährenden Besoldungen, sowie die Anstellungsbedingungen festsetzt. Die Wahl und Anstellung der Unterbeamten erfolgt durch den Deichhauptmann nach Anhörung des Deichamtes.

§ 61.

Die Deichaufseher und Bühnenmeister, welche gleichzeitig Wachbüdner sind, haben außer den Obliegenheiten dieser Beamten hauptsächlich den Deichinspector und die Deichgeschworenen bei Ausführung der Deicharbeiten zu unterstützen, die Arbeiten in ihrem Bezirke zu beaufsichtigen und insbesondere darauf zu sehen, daß die Arbeiten gut und den Anschlägen entsprechend ausgeführt werden. Zu diesem Amte sind nur solche

Personen zu berufen, von deren hinreichender Kenntniß der bei den Deich- und Uferbauten vorkommenden Arbeiten der Deichinspektor sich überzeugt hat. Sie müssen soweit vorgebildet sein, daß sie in der Lage sind, eine verständliche schriftliche Anzeige zu erstatten, kleine Verhandlungen aufzunehmen und die Lohnlisten zu führen.

§ 62.

Für jede Wachbude, in welcher nicht Deichaufseher oder Bauhnenmeister ihren Wohnsitz haben, ist ein Wachbündner einzusetzen, der die Aufgabe hat, die ihm zugetheilte Deichstrecke zu beaufsichtigen und etwaige Beschädigungen des Deiches oder verbotene Nutzungen desselben zur Anzeige des Deichhauptmanns zu bringen. Er hat auch die in und bei der Wachbude lagernden Eiswach-Geräthschaften zu bewachen, soweit thunlich stets unter Verschuß zu halten und ist mit seinem Vermögen dafür verantwortlich, wenn er sich über den Verbleib abhanden gekommener Gegenstände nicht ausweisen kann.

§ 63.

Der Deichbote hat lediglich den Aufträgen und Anweisungen des Deichhauptmanns Folge zu leisten. Er ist Vollziehungsbeamter und muß in Ausübung der ihm übertragenen dienstlichen Verrichtungen ein Dienstabzeichen anlegen.

§ 64.

Auf das Wahlverfahren, sowie hinsichtlich der Verpflichtung zur Annahme unbeförderter Aemter in der Verwaltung und Vertretung des Deichverbandes finden die §§ 8 und 23 der Kreisordnung sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Kreistages und Kreis-Ausschusses das Deichamt tritt.

Gegen einen derartigen Beschluß des Deichamts steht dem dadurch Betroffenen die Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten zu. Auf die Stellvertretung bei den Bezirksvertreter-Wahlen finden die Bestimmungen des § 97 der Kreisordnung entsprechende Anwendung.

Wahlen, welche durch das Deichamt zu vollziehen sind, können — abgesehen von der Wahl des Deichhauptmanns und seines Stellvertreters, des Deichinspektors, des Deichrentmeisters und des Deich-Sekretairs —, wenn kein Widerspruch erfolgt, durch allgemeine Zustimmung erfolgen.

§ 65.

Wer eine unbefordete Stelle in der Verwaltung des Deichverbandes

bekleidet, hat Anspruch auf Ersatz der baaren Auslagen, welche Ausübung ihm in seiner dienstlichen Verrichtungen erwachsen. Die Höhe der zu gewährenden Entschädigung bestimmt das Deichamt.

§ 66.

Für die Deichvertheidigung bei Eisgang und Wassergefahr sind im Danziger und Elbinger Deichverbände die Vorschriften der allgemeinen Bestimmungen für Deichstatute vom 14. November 1853 maßgebend. Eine Ergänzung dieser Vorschriften durch Polizeiverordnung bleibt vorbehalten.

Im Marienburger Deichverbande ist die Deichvertheidigung bei Eisgang und Wassergefahr von den Deichgenossen nach dem durch das Deichkataster festgestellten Maßstabe durch Naturalleistungen zu bewirken. Was jede Ortschaft an Eiswaich-Materialien, Geräthschaften, Gespannen und Mannschaften zu liefern beziehungsweise zu stellen hat, wird durch eine vom Deichamte anzufertigende Nachweisung bestimmt. Die Gemeinde-Vorstände haben für die Ausföhrung dieser Naturalleistungen durch die Deichgenossen ihrer Ortschaften und deren Bestellung bei den Wehrstellen am Deich Sorge zu tragen. Eine Entschädigung wird für diese Leistungen nicht gewährt. Die Materialien und Geräthschaften verbleiben im Eigenthum der betreffenden Ortschaften. Die im Deichinteresse verbrauchten Materialien werden von der Deichverwaltung vergütet.

Einer jeden Ortschaft des Deichverbandes wird von dem Deichamte eine bei der Eis- und Wasserwache zu beaufsichtigende Deichstrecke angewiesen. Die Deichbeamten haben jedoch die Befugniß, von der gewöhnlichen Eintheilung mit Rücksicht auf etwa eintretende besondere Verhältnisse abzuweichen.

Die Deichgenossen der einzelnen Ortschaften haben für ihr Unterkommen, sowie für dasjenige der Eis- und Wasserwache an der ihnen zur Vertheidigung überwiesenen Deichstrecke auf eigene Kosten zu sorgen und zu diesem Zwecke dort die erforderlichen Wachbuden mit Nebenanlagen zu errichten und zu unterhalten.

Das Beziehen der Eis- und Wasserwache ordnet der Deichhauptmann an, sobald der Deichinspector solches für erforderlich erachtet, bestimmt auch die Stärke der Wachmannschaft und die Zahl der bespannten Wagen. In außerordentlichen Fällen ist der Revier-Deichgeschworene befugt, die Wachmannschaften innerhalb seines Reviers sofort an den Deich zu rufen muß dies aber gleichzeitig dem Deichhauptmann und dem Deichinspector melden.

Abchnitt III.

Uebergangs- und gemeinsame Bestimmungen.

§ 67.

Bis zur Fertigstellung der im § 1 des Gesetzes vom 20. Juni 1888 unter a. c. und d. bezeichneten Regulirungswerke gelten folgende Bestimmungen:

A. Im Danziger Deichverbände:

Die Besitzer der dem bisherigen Deichverbände der Neuen Binnen-
nehrung angehörigen Grundstücke haben den zum Schutze derselben
dienenden Deich auf dem rechten Ufer der Danziger Weichsel unter der
Leitung eines von dem Regierungs-Präsidenten zu ernennenden Damm-
verwalters in der bisherigen Weise zu unterhalten und zu verteidigen,
sind dagegen auch von Beiträgen zu den Unterhaltungskosten der übrigen
Deiche des Verbandes befreit.

B. Im Marienburger Deichverbände:

Die Grundbesitzer in den früheren Deichverbänden des Großen
Marienburger Werders, der alten Binnen-Mehrung und des Mittelwerders
sowie auf den bedachten Poldern und Kampen an der Elbinger Weichsel
und am Hoff haben die gegenwärtigen Strom- und Stau-Deichanlagen,
sowie die sonstigen Schutzwerke in dem Umfange zu unterhalten und zu
verteidigen, wie dies bisher geschehen ist.

§ 68.

Etwaige Schuld- und sonstige Verbindlichkeiten der bisherigen Deich-
verbände gehen auf die betreffenden neuen Sonderdeichverbände über
(vergl. § 11). Insbesondere haben letztere auch die Verzinsung und Tilgung
der aus Anlaß der Ueberschwemmungen der Jahre 1886 und 1888 staats-
seitig gewährten Vorschüsse nach näherer Bestimmung der Staatsbehörde zu
bewirken.

Innerhalb der neuen Sonderdeichverbände sind jedoch die zur Verzinsung
und Tilgung ihrer Schuldverpflichtungen erforderlichen Beiträge nur von
den bisher Verpflichteten aufzubringen.

§ 69.

Abänderungen dieses Statuts können nur mit landesherrlicher Genehmigung erfolgen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Gegeben Neues Palais, den 20. Juni 1889.

(L. S.) gez. **Wilhelm II.**

ggg. von Maybach. Frhr. Lucius von Ballhausen. von Scholz.
Herrfurth. von Schelling.

Zu der Einleitung des Statuts.

Allgemeine Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute
vom 14. November 1853.
G.-S. 1853 S. 935.

Anmerkung: Die durch das Statut unverändert gebliebenen Bestimmungen sind durch den Druck hervorgehoben.

§ 1.

Der Deichverband bildet eine Korporation. Der Gerichtsstand desselben wird im Deichstatut bestimmt. (Siehe §§ 2 und 11 des Statuts.)

§ 2.

Ueber die vom Verbande zu unterhaltenden Deichstrecken, Hauptgräben, Schlenken, Brücken u. und über die sonstigen Grundstücke des Verbandes ist ein Lagerbuch vom Deichhauptmann zu führen und vom Deichamte festzustellen. Die darin vorkommenden Veränderungen werden dem Deichamte bei der jährlichen Rechnungsabnahme zur Erklärung vorgelegt.

§ 3.

Die Höhe des gewöhnlichen jährlichen Deichlassenbeitrages zur Unterhaltung der Verbandsanlagen wird im Deichstatut festgesetzt.

Wenn die Erfüllung der Sozietätszwecke einen größeren Aufwand erfordert, so muß dieser Mehrbetrag als außerordentlicher Beitrag ausgeschrieben und von den Deichgenossen aufgebracht werden. Namentlich gilt dies auch für die Kosten der ersten normalmäßigen Herstellung der Sozietätsanlagen; bis zur Tilgung dieser Kosten ist in der Regel jährlich mindestens der vierfache Betrag der gewöhnlichen Deichlassenbeiträge einzuziehen. (Siehe § 23 des Statuts.)

§ 4.

Wenn die gewöhnlichen Deichlassenbeiträge, nachdem daraus für die Sozietätszwecke bestimmungsmäßig gesorgt worden, Ueberschüsse ergeben,

so sollen diese zu einem Reservefonds, dessen Höhe das Deichstatut bestimmt, gesammelt und mit guter Sicherheit zinsbar belegt werden. Der Reservefonds darf nicht zu den laufenden und gewöhnlichen Ausgaben des Verbandes, sondern allein für folgende Zwecke verwandt werden:

- a) für die Herstellung der durch Eisgang oder Hochwasser zerstörten oder ungewöhnlich beschädigten Deiche, soweit die Herstellungskosten aus den gewöhnlichen Einnahmen nicht bestritten werden können;
- b) für den Neubau der vorhandenen Auslassschleusen;
- c) für Ausführung von Meliorationsanlagen. (Siehe § 26 des Statuts.)

§ 5.

Die gewöhnlichen Deichlassenbeiträge sind zu ermäßigen, wenn sie nach vollständiger Bildung des Reservefonds Ueberschüsse über das jährliche Bedürfnis des Verbandes ergeben. (Siehe § 23 des Statuts.)

§ 6.

Die Deichgenossen sind bei Vermeidung der administrativen Exekution gehalten, die gewöhnlichen Deichlassenbeiträge in halbjährigen Terminen, am 2. Januar und 1. Juli jeden Jahres, unerinnert zur Deichlasse abzuführen. Ebenso müssen die außerordentlichen Beiträge in den durch das Ausschreiben des Deichhauptmanns bestimmten Terminen abgeführt werden. Siehe § 25 des Statuts.)

§. 7.

Die Verbindlichkeit zur Entrichtung der Deichlassenbeiträge ruht, gleich der sonstigen Deichpflicht, als Reallast unablässig auf den Grundstücken; sie ist den öffentlichen Lasten gleich zu achten und hat in Collisionsfällen vor denselben den Vorzug.

Die Erfüllung der Deichpflicht kann von dem Deichhauptmann in eben der Art, wie dies bei den öffentlichen Lasten zulässig ist, durch Exekution erzwungen werden.

Die Exekution findet auch statt gegen Pächter, Nutznießer oder andere Besitzer des verpflichteten Grundstücks, vorbehaltlich ihres Regresses an den eigentlich Verpflichteten.

Bei Besitzveränderungen kann sich die Deichverwaltung auch an den im Deichkataster genannten Eigenthümer so lange halten, bis ihr die Besitzveränderung zur Berichtigung des Deichkatasters angezeigt und so nachgewiesen ist, daß auf Grund dieser Nachweise die Berichtigung erfolgen kann.

Bei vorkommenden Parzellirungen müssen die Deichlasten auf die Trennstücke verhältnißmäßig repartirt werden. Auch die kleinste Parzelle zahlt mindestens Einen Pfennig jährlich.

§ 8.

Eine Berichtigung des Deichkatasters kann, abgesehen von dem Falle der Parzellirung und Besitzveränderung, zu jeder Zeit gefordert werden:

- a) wenn erhebliche, fünf Prozent übersteigende Fehler in der der Aufstellung des Deichkatasters zum Grunde gelegten Vermessung nachgewiesen werden;
- b) wenn die Zwecke der Deichverwaltung eine Verlegung des Deiches nothwendig machen, wodurch bisher eingedeichte Grundstücke künftig außerhalb der Verwaltung, oder außerhalb der Verwaltung gelegene Grundstücke innerhalb der Verwaltung zu liegen kommen;
- c) wenn eingedeichte Grundstücke dem Deichverbande als Eigenthum abgetreten werden;
- d) wenn in Folge von Durchbrüchen eingedeichte Grundstücke dergestalt ausgetieft oder versandet sind, daß sich deren bisherige Ertragsfähigkeit um mehr als die Hälfte verringert hat und die Wiederherstellung in den früheren Zustand unverhältnißmäßige Kosten veranlassen würde.

Ueber die Anträge auf Berichtigung des Deichkatasters aus den vorgedachten Gründen entscheidet das Deichamt.

§ 9.

Wegen angeblicher Irrthümer im Deichkataster und wegen Veränderung in der Kulturart oder im Ertragswerthe der Grundstücke kann außer den im § 8 gedachten Fällen eine Berichtigung des Deichkatasters im Laufe der gewöhnlichen Verwaltung nicht gefordert, sondern nur von der Landespolizei-Behörde bei erheblichen Veränderungen der Grundstücke nach dem Antrage oder nach vorher eingeholtem Gutachten des Deichamtes angeordnet werden.

Nach Ablauf eines zehnjährigen Zeitraumes kann auf Antrag des Deichamtes eine allgemeine Revision des Deichkatasters von der Regierung angeordnet werden; dabei ist zu verfahren, wie bei der ersten Aufstellung des Katasters.

Erlaß und Stundung von Deichkassenbeiträgen.

§ 10.

Ueber die Anträge auf Erlaß und Stundung von Deichkassenbeiträgen entscheidet das Deichamt. (Vergl. § 40 c des Statuts.)

§ 11.

Für Grundstücke, welche in Folge eines Deichbruches ausgetieft oder versandet worden, kann der Besitzer die Stundung aller nach dem Durchbruch fällig werdenden Deichkassenbeiträge von den beschädigten Flächen bis dahin fordern, daß über seinen Antrag, die Deichrolle nach § 8 abzuändern, schließlich entschieden sein wird. Wird diesem Antrage Folge gegeben, so sind die rückständigen Beiträge nur nach der berichtigten Veranlagung zu berechnen und einzuziehen; auch darf die Einzahlung des gestundeten Rückstandes nur in vier halbjährigen Terminen exekutivisch beigetrieben werden.

§ 12.

Ist der Antrag auf Abänderung des Deichkatasters von dem beschädigten Grundbesitzer nicht angebracht, aufgegeben oder schließlich zurückgewiesen worden, so kann der Beschädigte einen ein- bis fünfjährigen Erlaß der gewöhnlichen Deichkassenbeiträge von den beschädigten Flächen und eine gleichzeitige Stundung der außerordentlichen Beiträge von denselben fordern, wenn die Vorkehrungen zur Herstellung der Ertragsfähigkeit des ausgetieften oder versandeten Grundstücks durch Ausfüllung der Vertiefungen, Abfarren oder Unterspflügen des Sandes (Najolen) einen Kostenaufwand erfordern, welcher dem Werthe des ungefähren ein- bis fünfjährigen Reinertrages des Grundstücks nach dem Ermessen des Deichamtes gleichkommt. Die Einzahlung der gestundeten Beiträge darf nach Ablauf dieser Frist nur in vier halbjährigen Terminen exekutivisch beigetrieben werden.

Natural - Hilfsleistungen.

(Vergleiche § 66 des Statuts.)

§ 13.

Sobald der Eisgang nahe bevorsteht, oder das Wasser an den Fuß des Deiches tritt, müssen die Dämme des Verbandes, so lange der Wasserstand nicht unter dieses Maß gefallen ist, durch Wachmannschaften unangeseht bewacht werden. Die erforderlichen Wächter können vom

Deichhauptmann gegen Tagelohn angenommen und aus der Deichkasse bezahlt, oder aus den theilhaftigen Ortschaften requirirt werden.

§ 14.

Wenn die den Deichen durch Eisgang oder Hochwasser drohende Gefahr so dringend wird, daß nach dem Ermessen des Deichhauptmanns die gewöhnliche Bewachung durch eine geringere Zahl gedungener Wächter nicht mehr ausreicht, so sind die Mitglieder des Deichverbandes verbunden, nach Anweisung des Deichhauptmanns die zur Bewachung und Schützung der Deiche erforderlichen Mannschaften, Fuhrwerke und reitenden Boten zu stellen und die zum Schutze dienenden Materialien herbeizuschaffen.

Der Deichhauptmann ist im Falle der Noth befugt, die erforderlichen Materialien überall, wo sich solche finden, zu nehmen und diese müssen — mit Vorbehalt der Ausgleichung unter den Verpflichteten und der Erstattung des Schadens, wobei jedoch der außerordentliche Werth nicht in Anrechnung kommt — von den Besitzern verabsolgt werden.

§ 15.

Jedem Orte ist die Deichstrecke, welche er bewachen und vertheidigen muß, im Voraus zu bestimmen und durch Steine oder Pfähle abzugrenzen, unbeschadet des Rechts der Deichbeamten, die Mannschaften nach anderen gefährdeten Punkten zu beordern.

Der Deichhauptmann kann einen Theil der Deichvertheidigungs-Materialien schon vor Beginn des Eisgangs oder Hochwassers auf die Deiche schaffen lassen.

§ 16.

Bretter, Faschinen und Pfähle werden aus der Deichkasse bezahlt; die übrigen Materialien (Nist, Stroh) und die Dienste werden soweit als möglich auf die Deichgenossen angeschrieben nach ungefährem Verhältniß der Deichlassenbeiträge der einzelnen Ortschaften.

Die Materialien werden Eigenthum des Deichverbandes.

Im Nothfalle muß auf Verlangen des Deichhauptmanns der Dienst von allen männlichen Einwohnern der bedrohten Gegend, soweit solche arbeitsfähig sind, persönlich und unentgeltlich geleistet werden. Die betreffenden Polizeibehörden sind nach § 25 des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848 verpflichtet, auf Antrag des Deichhauptmanns kräftig dafür zu sorgen, daß dessen Anordnungen schnelligst Folge geleistet werde.

Schwächliche oder kränkliche Personen, Weiber und Kinder unter

sechszehn Jahren dürfen zum Wachdienste nicht aufgeboten oder abgesendet werden.

Jeder Deichwächter muß sich mit einem Spaten und einem Beile selbst versehen. Die sonst erforderlichen Geräthschaften an Karren, Netzen, Laternen u. s. w. müssen, soweit sie nicht in den Magazinen des Verbandes vorhanden sind, von den Gemeinden und den Gutsbesitzern, deren Güter einen besonderen Gemeindebezirk bilden, mitgegeben werden.

§ 17.

Die angebotenen Mannschaften haben bis zu ihrer Entlassung die Anordnungen der Deichbeamten und ihrer Stellvertreter genau zu befolgen. Unfolgsamkeit und Fahrlässigkeit oder Widerseßlichkeit der Wächter und Arbeiter wird — insofern nach den allgemeinen Gesetzen nicht härtere Strafen verwirkt sind — durch Geldstrafen von fünf Silbergroschen bis zu drei Thalern oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe geahndet.

Der Versuch, sich dem Dienste durch Nichtbefolgung des Aufgebots oder eigenmächtiges Verlassen der Wachposten zu entziehen, wird durch eine Geldstrafe von fünf Thalern oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe geahndet.

Für gar nicht oder unvollständig gelieferte Materialien und nicht geleistete Fuhren oder nicht gestellte reitende Boten sind von dem Schuldigen folgende Geldstrafen zur Deichkasse zu entrichten:

- | | |
|--|----------------|
| 1) für ein Fuder Mist | 5 Thlr. — Sgr. |
| 2) für ein Bund Stroh | — " 6 " |
| 3) für eine Fuhre | 5 " — " |
| 4) für einen reitenden Boten | 3 " — " |
| 5) für unvollständig oder schlecht gelieferte Materialien ad 1. und 2. die Hälfte der oben bestimmten Strafen. | |

Außerdem ist der Säumige zur Nachlieferung, event. zum Erfasse der Kosten der für seine Rechnung anzuschaffenden Materialien verpflichtet.

Beschränkungen des Eigenthumsrechts an den Grundstücken.

§ 18.

Die schon bestehenden Deiche, deren Unterhaltung der Deichverband übernimmt, gehen in dessen Eigenthum und Nutzung über; das Deichamt kann indeß die Grasnutzung den angrenzenden Grundbesitzern überlassen, wenn dieselben angemessene Leistungen wegen Unterhaltung und Beschützung

der Doffirungen und wegen unentgeltlicher Hergabe von Erde zu Reparaturen übernehmen. (Siehe § 16 des Statuts.)

Heden, Bäume und Sträucher sind auf den Deichen nicht zu dulden. (Siehe § 27 d. des Statuts.)

Die eingehenden Privatdeiche bleiben Eigenthum derjenigen Interessenten, welchen sie bisher gehört haben.

§ 19.

Zm Binnenlande gelten folgende Nutzungsbeschränkungen:

- a) die Grundstücke am inneren Rande des Deiches dürfen drei Fuß breit vom Deichfuße ab weder beackert, noch bepflanzt, sondern nur als Gräseerei benützt werden;
- b) Stein-, Sand-, Torf- und Lehmgruben, Teiche, Brunnen, Gräben oder sonstige künstliche Vertiefungen des Erdreichs dürfen innerhalb zwanzig Ruthen vom inneren Fuße des Deiches nicht angelegt, auch Fundamente zu neuen Gebäuden innerhalb fünf Ruthen vom Deiche nicht eingegraben werden;
- c) an jedem Borde der unter Schau gestellten Hauptgräben müssen zwei Fuß unbeackert und mit dem Weidevieh verschont bleiben;
- d) innerhalb drei Fuß von jedem solchen Grabenborde dürfen Bäume und Heden nicht gepflanzt oder geduldet werden;
- e) die Eigenthümer der Grundstücke an den Hauptgräben müssen bei deren Räumung den Auswurf auf ihre Grundstücke aufnehmen und müssen den Auswurf, dessen Eigenthum ihnen dagegen zufällt, binnen vier Wochen nach der Räumung, wenn aber die Räumung vor der Ernte erfolgt, binnen vier Wochen nach der Ernte, bis auf Eine Ruthe Entfernung vom Graben fortschaffen. Aus besonderen Gründen kann der Deichhauptmann die Frist zur Fortschaffung des Grabenauswurfs abändern;
- f) Binnenverwallungen, Quellsdämme, dürfen in der Niederung ohne Genehmigung des Deichhauptmanns nicht angelegt oder verändert werden. (Siehe § 27 A. des Statuts.)

§ 20.

Zm Vorlande gelten folgende Beschränkungen:

- a) jeder Vorlandsbesitzer muß sich in der Entfernung von zehn Ruthen vom Stromufer und eben so weit vorlängs des Deichfußes das Aufsetzen und Lagern der Baumaterialien des Ver-

bandes, wenn geeignete, dem Verbande gehörige Lagerstellen nicht vorhanden sind, sowie den Transport der Materialien über das Vorland unentgeltlich gefallen lassen; auch darf das Vorland eine Ruthe breit vorläugs des Deichfußes nicht geackert oder sonst von der Rasendecke entblößt werden;

- b) Flügeldeiche, hochstämmige Bäume und sonstige Anlagen sind im Vorlande insoweit nicht zu dulden, als sie nach dem Ermessen der Königlichen Strompolizeibehörde das Hochwasserprofil und den Eisgang auf schädliche Weise beschränken;
- c) auch Pflanzungen von Weiden und anderem Unterholz auf vorspringende Landecken, welche die Irregularität des Flußbettes befördern würden, können von der Strompolizeibehörde untersagt werden.

Ausnahmen von den in den §§ 19 und 20 gegebenen Regeln können in einzelnen Fällen vom Deichamte mit Genehmigung der Regierung gestattet werden. (Siehe § 27 B. des Statuts.)

§ 21.

Die Eigenthümer der eingedeichten Grundstücke und Vorländer sind verpflichtet, auf Anordnung des Deichhauptmanns dem Verbande den zu den Schutz- und Meliorationsanlagen erforderlichen Grund und Boden gegen Vergütung abzutreten, desgleichen die zu jenen Anlagen erforderlichen Materialien an Sand, Lehm, Rasen &c. gegen Ersatz des durch die Fortnahme derselben ihnen entstandenen Schadens zu überlassen. Für den alten Deichkörper ist an den bisherigen Besitzer eine Entschädigung nicht zu zahlen.

§ 22.

Wird innerhalb einer Entfernung von zehn Ruthen vom Stromufer oder vom Deichfuß eine Pflanzung im Vorlande von der Deichverwaltung als nothwendig erachtet, so muß der Eigenthümer auf Anordnung des Deichhauptmanns entweder diese Pflanzung binnen vorgeschriebener Frist selbst anlegen und unterhalten, oder den dazu erforderlichen Grund und Boden dem Verbande gegen Entschädigung überlassen.

§ 23.

Bei Feststellung der nach den §§ 21 und 22 zu gewährenden Vergütung ist der außerordentliche Werth nicht in Anrechnung zu bringen (§ 20 des Deichgesetzes).

Der Betrag wird nach vorgängiger, unter Zuziehung des Besitzers zu bewirkender Abschätzung von dem Deichamte, oder in eiligen Fällen von dem Deichhauptmann, vorbehaltlich der Genehmigung des Deichamtes, interimistisch festgesetzt und ausbezahlt.

Ueber die Höhe der Vergütung ist innerhalb vier Wochen nach erfolgter Bekanntmachung des festgesetzten Betrages der Rechtsweg zulässig.

Wer auf diesen verzichten will, kann binnen gleicher Frist Rekurs an die Regierung einlegen.

Die Fortnahme der Materialien und die Ausführung der Bauten wird durch die Einwendungen gegen die vorläufig festgesetzte Entschädigung nicht aufgehalten.

Aufsichtsrecht der Staatsbehörden.

§ 24.

Der Deichverband ist dem Oberaufsichtsrecht des Staates unterworfen. (Vergleiche § 10 des Statuts.)

Dasselbe wird von der (Bezirksregierung) dem Regierungs-Präsidenten als Landespolizei-Behörde und in höherer Instanz von dem Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten gehandhabt nach Maßgabe des Statuts, übrigens in dem Umfange und mit den Befugnissen, welche den Aufsichtsbehörden oder Gemeinden zustehen.

(Die Regierung) Der Regierungs-Präsident hat darauf zu halten, daß die Bestimmungen des Statuts überall beobachtet, die Anlagen gut ausgeführt und ordentlich erhalten, die Grundstücke des Verbandes sorgfältig genutzt und die etwaigen Schulden regelmäßig verzinst und getilgt werden.

(Die Regierung) Der Regierungs-Präsident entscheidet über alle Beschwerden gegen die Beschlüsse des Deichamtes und des Deichhauptmanns, sofern der Rechtsweg nicht zulässig und eingeschlagen ist, und setzt ihre Entscheidungen nöthigenfalls exekutivisch in Vollzug.

Die Beschwerden an (die Regierung) den Regierungs-Präsidenten können nur

- a) über Straffestsetzungen des Deichhauptmanns gegen die Unterbeamten des Verbandes binnen zehn Tagen,
- b) gegen Beschlüsse über den Beitragsfuß (sfr. § 8), über Erlass und Stundung von Deichklassenbeiträgen, sowie über Entschädigungen, binnen vier Wochen

nach erfolgter Bekanntmachung des Beschlusses erhoben werden. Dieselben sind bei (der Regierung) dem Regierungs-Präsidenten oder bei dem Deichhauptmann einzureichen, welcher solche alsdann, begleitet mit seinen Bemerkungen, ungesäumt an (die Regierung) den Regierungs-Präsidenten zu befördern hat.

Sonstige Beschwerden sind an eine bestimmte Frist nicht gebunden.

§ 25.

(Der Regierung) Dem Regierungs-Präsidenten muß, damit (sie) er in Kenntniß von dem Gange der Deichverwaltung erhalten werde, jährlich Abschrift des Etats, der Deichschau- und Deichamts-Konferenzprotokolle und ein Finalabschluß der Deichkasse überreicht werden. (Die Regierung) Der Regierungs-Präsident ist befugt, außerordentliche Revisionen der Deichkasse sowohl, als der gesammten Deichverwaltung zu veranlassen, Kommissarien zur Beiwohnung der Deichschauen und der Deichamtsversammlungen abzuordnen, eine Geschäftsanweisung für die Deichbeamten nach Anhörung des Deichamtes zu ertheilen und auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung (Gesetz-Sammlung vom Jahre 1850, Seite 265) die erforderlichen Polizeiverordnungen zu erlassen zum Schutze des Deiches, des Deichgebietes, der Gräben, Pflanzungen und sonstigen Anlagen des Verbandes.

§ 26.

Bei Wassergefahr ist der Kreislandrath — ebenso wie der etwa abgesendete besondere Regierungskommissarius — berechtigt, sich persönlich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob und wie weit die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln getroffen sind. Findet Gefahr im Verzuge statt, so kann derselbe die ihm nöthig scheinenden Anordnungen an Ort und Stelle selbst treffen. Die Deichbeamten haben in diesem Falle seinen Befehlen unweigerlich Folge zu leisten.

§ 27.

Wenn das Deichamt es unterläßt oder verweigert, die dem Deichverbande nach dem Statut oder sonst gesetzlich obliegenden Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder außerordentlich zu genehmigen, so läßt (die Regierung) der Regierungs-Präsident nach Anhörung des Deichamtes die Einträgung in den Etat von Amtswegen bewirken, oder stellt beziehungsweise die außerordentliche Ausgabe fest und verfügt die Einziehung der erforderlichen Beiträge.

Gegen diese Entscheidung steht dem Deichamte innerhalb zehn Tagen die Berufung an den Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten zu.

§ 28.

(Die Regierung) Der Regierungs-Präsident hat auch darauf zu halten, daß den Deichbeamten die ihnen zukommenden Besoldungen unverkürzt zu Theil werden und etwaige Beschwerden darüber zu entscheiden, vorbehaltlich des Rechtsweges.

Von den Deichbehörden. 1. Deichhauptmann.

§ 29.

Der Deichhauptmann steht an der Spitze der Deichverwaltung und handhabt die örtliche Deichpolizei. Er wird von denjenigen Mitgliedern des Deichamtes, welche die Vertretung der Deichgenossen bei demselben bilden, durch absolute Stimmenmehrheit auf sechs Jahre gewählt (Siehe §§ 44, 40 k, 41, 50 des Statuts.)

Die Wahl bedarf der Bestätigung der Regierung. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet das Deichamt zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, oder die Wahl verweigert, so steht der Regierung die Ernennung auf höchstens drei Jahre zu. (Siehe § 46 des Statuts.)

In derselben Weise ist gleichzeitig ein Stellvertreter zu wählen, welcher die Geschäftsführung übernimmt, wenn der Deichhauptmann auf längere Zeit behindert ist. (Siehe § 45 des Statuts.)

In einzelnen Fällen kann der Deichhauptmann sich durch den Deichinspektor oder ein anderes Mitglied des Deichamtes vertreten lassen. (Siehe § 45 des Statuts.)

Der Deichhauptmann und dessen Stellvertreter werden von einem Kommissarius der Regierung in öffentlicher Sitzung des Deichamtes vereidigt. (Siehe § 46 des Statuts.)

Der Deichhauptmann seinerseits verpflichtet den Deichinspektor, die sonstigen Deichbeamten in gewöhnlicher Sitzung des Deichamtes durch Handschlag an Eidesstatt. (Siehe § 47 des Statuts.)

§ 30.

Der Deichhauptmann hat als Verwaltungsbehörde des Deichverbandes folgende Geschäfte:

- a) die Gesetze, die Verordnungen und Beschlüsse der vorgesetzten Behörden auszuführen;

- b) die Beschlüsse des Deichamtes vorzubereiten und auszuführen.

Der Deichhauptmann hat die Ausführung solcher Beschlüsse des Deichamtes, die er für gesetzwidrig oder für das Gemeinwohl nachtheilig erachtet, zu beanstanden und die Entscheidung der Regierung einzuholen. Gestatten es die Umstände, so ist zuvor in der nächsten Sitzung des Deichamtes nochmals eine Verständigung zu versuchen;

- c) die Grundstücke und Einkünfte des Verbandes zu verwalten, die auf dem Etat oder besonderen Deichamtsbeschlüssen beruhenden Einnahmen und Ausgaben anzuweisen und das Rechnungs- und Kassenwesen zu überwachen. Die Termine der regelmäßigen Kassenrevisionen sind dem Deichamte mitzutheilen, damit dasselbe ein Mitglied oder mehrere abordnen kann, um diesem Geschäfte beizuwohnen; bei außerordentlichen Kassenrevisionen ist ein vom Deichamte ein- für allemal bezeichnetes Mitglied zuzuziehen;

- d) den Deichverband in Prozessen, sowie überhaupt nach Außen zu vertreten, im Namen desselben mit Behörden und Privatpersonen zu verhandeln, den Schriftwechsel zu führen und die Urkunden des Verbandes in der Urschrift zu vollziehen. Die Ausfertigungen der Urkunden werden Namens des Verbandes von dem Deichhauptmann oder seinem Stellvertreter gültig unterzeichnet; indeß ist zu Verträgen und Vergleichen über Gegenstände von fünfzig Thalern und mehr der genehmigende Beschluß oder Vollmacht des Deichamtes beizubringen. Verträge und Vergleiche unter fünfzig Thaler schließt der Deichhauptmann allein rechtsverbindlich ab und hat nur die Verhandlungen nachträglich dem Deichamte zur Kenntnissnahme vorzulegen;

- e) die Urkunden und Akten des Verbandes aufzubewahren;

- f) die Deichklassenbeiträge und Naturalleistungen nach der Deichrolle und den Beschlüssen des Deichamtes auszuscheiden, die Deichrollen und sonstigen Hebelisten auf Grund des Deichkatasters aufzustellen und vollstreckbar zu erklären und die Beitreibung aller Beiträge und Strafgeselber von den Säumnigen im Wege der administrativen Exekution zu bewirken durch die Unterbeamten des Verbandes oder durch Requisition der gewöhnlichen

- Ortspolizei-Behörden. Die Hebelisten (Rollen) müssen, bevor sie vollstreckbar erklärt werden, vierzehn Tage offen gelegt sein;
- g) die Deichbeamten zu beaufsichtigen, von dem Gange der technischen Verwaltung Kenntniß zu nehmen, die halbjährige Deich- und Grabenschau im Mai und Oktober nach Vereinbarung mit dem Deichinspektor auszusprechen und jedesmal selbst in Gemeinschaft mit dem Deichinspektor abzuhalten. Ueber den Befund und die dabei gefaßten Beschlüsse ist ein Protokoll zu führen;
- h) nach dem Jahreschluß dem Deichamte einen Jahresbericht über die Resultate der Verwaltung vorzulegen. (Siehe § 48 des Statuts.)

§ 31.

Die Etatsentwürfe und Jahresrechnungen sind vom Deichrentmeister dem Deichhauptmann vor dem 15. Mai zur Vorprüfung einzureichen und werden von diesem mit seinen Bemerkungen dem Deichamte in der Juni-versammlung zur Feststellung vorgelegt.

Der Etat ist vor der Feststellung und die Rechnung nach der Feststellung vierzehn Tage lang in einem von dem Deichamte zu bestimmenden Lokale zur Einsicht der Deichgenossen offen zu legen.

Der Deichhauptmann vollzieht alle Zahlungsanweisungen auf die Deichkasse. Die Anweisungen, welche von dem Deichinspektor innerhalb der ihm zur Disposition gestellten Summen an die Deichkasse erlassen werden, sind dem Deichhauptmann nachträglich zur Einsicht vorzulegen. (Siehe §§ 48, 54, 56 des Statuts.)

§ 32.

Berichtigungen des Deichkatasters finden nur statt auf Grund eines Dekrets des Deichhauptmanns, welchem beglaubigte Abschrift von dem betreffenden Beschluß des Deichamtes oder (der Regierung) des Regierungs-Präsidenten beigelegt sein muß.

§ 33.

Gegen die Unterbeamten (§ 43) kann der Deichhauptmann Disziplinarstrafen bis zur Höhe von drei Thalern Geldbuße verfügen, sowie nöthigenfalls ihnen die Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig untersagen. (Siehe § 49 des Statuts.)

§ 34.

Der Deichhauptmann ist befugt, wegen der deichpolizeilichen Ueber-

tretungen die Strafe — bis zu fünf Thalern Geldbuße oder drei Tagen Gefängniß — vorläufig festzusetzen nach dem Gesetz vom 14. Mai 1852 (Gesetz-Sammlung vom Jahre 1852, Seite 245). (Siehe § 50 des Statuts.)

Die vom Deichhauptmann allein, nicht vom Polizeirichter, festgesetzten Geldstrafen fließen zur Deichkasse. (Siehe § 52 des Statuts.)

§ 35.

Der Deichhauptmann ist stimmberechtigter Vorsitzender des Deichamtes; er beruft dessen Versammlungen, leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen und handhabt die Ordnung in denselben. (Siehe §§ 29, 34, 48 des Statuts.)

2. Deichinspektor.

§ 36.

Der Deichinspektor leitet die technische Verwaltung des Deichverbandes, mit Einschluß der zur Abwehrung der Gefahr bei Hochwasser und Eisgang erforderlichen Maasregeln. Er muß die Qualifikation eines geprüften Baumeisters besitzen. Seine Wahl und Bestätigung erfolgt in der für den Deichhauptmann vorgeschriebenen Weise. (Siehe § 53 des Statuts.)

§ 37.

Der Deichinspektor entwirft die Anschläge zur Unterhaltung und Herstellung der Societätsanlagen und legt solche dem Deichhauptmann zur Prüfung und Einholung der Genehmigung des Deichamtes vor. (Siehe § 54 a. des Statuts.)

Die Projekte über den Bau neuer Deiche und Schleusen, über die Erhöhung oder Abtragung von Deichen und über den Verschluß von Deichbrücken sind (der Regierung) dem Regierungs-Präsidenten zur Genehmigung vorzulegen.

§ 38.

Wird von dem Deichamte die Genehmigung zur Ausführung einer Arbeit verweigert, welche nach der Erklärung des Deichinspektors ohne Gefährdung der Societätszwecke weder unterlassen, noch aufgeschoben werden darf, so muß die Entscheidung der Regierung (cfr. § 27) von dem Deichinspektor eingeholt und demnächst zur Ausführung gebracht werden. (Siehe § 54 d. e. des Statuts.)

§ 39.

Die Ausführung der von dem Deichamte oder von der Regierung beschlossenen Bauten ist von dem Deichinspektor zu leiten.

Auch die laufende Beaufsichtigung und Unterhaltung der Deiche, Gräben, Schleusen, Uferdeckwerke und Pflanzungen erfolgt unter der Leitung des Deichinspektors. (Siehe § 54 des Statuts.)

Die Unterbeamten, Deichschöppen, Bach- und Hülfsmannschaften haben dabei und insbesondere bei der Vertheidigung gegen Wassergefahr die Anweisungen des Deichinspektors pünktlich zu befolgen.

Innerhalb der etatsmäßigen Unterhaltungsfonds und der genehmigten Anschläge kann der Deichhauptmann zur Vereinfachung des Geschäfts bestimmte Summen dem Deichinspektor zur Disposition stellen, bis zu deren Höhe die Deichklasse auf Anweisung des Deichinspektors Zahlung zu leisten hat.

Die Auszahlung der Gelder darf in keinem Falle durch den Deichinspektor erfolgen.

Der halbjährigen Schau muß der Deichinspektor beiwohnen. (Siehe §§ 54, 59 des Statuts.)

§ 40.

In dringenden Fällen wenn vorhergesehene Umstände Arbeiten nothwendig machen, deren Ausführung ohne Gefährdung der Sozietätszwecke nicht aufgeschoben werden kann, ist der Deichinspektor befugt und verpflichtet, die Arbeiten unter seiner Verantwortlichkeit anzuordnen. Er muß aber die getroffenen Anordnungen und die Gründe, welche die unverzügliche Ausführung nothwendig machen, gleichzeitig dem Deichhauptmann und, wenn letzterer sich nicht einverstanden erklären sollte, der Regierung anzeigen.

Dieselbe Anzeige ist der nächsten gewöhnlichen Versammlung des Deichamtes zu machen.

Können die Ausgaben aber aus den laufenden Jahreseinnahmen der Deichklasse nicht bestritten werden, so muß das Deichamt in kürzester Frist außerordentlich berufen werden, um von der Sache Kenntniß zu erhalten und über die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel zu beschließen. (Siehe § 54 k. des Statuts.)

3. Deich- Rentmeister.

§ 41.

Der Deichrentmeister, welcher zugleich die Stelle eines Deichsekretairs veriechen kann, wird von dem Deichamte im Wege eines künbbaren Vertrages gegen Bewilligung einer Prozenteinnahme von den gewöhnlichen Deichklassenbeiträgen, sowie unter der Verpflichtung zur Kautionsbestellung angenommen. (Siehe § 55 des Statuts.)

§ 42.

Der Deichrentmeister verwaltet die Deichklasse und führt das Deichkataster.

Er hat insbesondere:

- a) die Etatsentwürfe nach den Anweisungen des Deichhauptmanns aufzustellen;
- b) die sämtlichen Einnahmen der Deichklasse einzuziehen, die Restantenlisten zu fertigen und dem Deichhauptmann vorzulegen;
- c) die gewöhnlichen und außerordentlichen Zahlungen aus der Deichklasse nach den Anweisungen des Etats und des Deichhauptmanns zu bewirken; er hat namentlich auch die Gelder an die Lohnarbeiter auf den Baustellen zu zahlen und darf sich hierbei nur mit Genehmigung des Deichhauptmanns durch die Deichschöppen vertreten lassen;
- d) die jährliche Deichklassenrechnung zu legen;
- e) das Deichkataster nach den Dekreten des Deichhauptmanns (§ 32) zu berichtigen;
- f) wenn er zugleich Deichsekretair ist, die Expeditions-, Kanzlei- und Registraturgeschäfte zu besorgen und die Protokolle bei den Deichschau- und Deichamtsversammlungen zu führen. (Siehe §§ 55, 56, 57 des Statuts.)

4. Unter- Beamte.

§ 43.

Die erforderlichen Unterbeamten — als Damm- oder Wallmeister — für die spezielle Beaufsichtigung der Arbeiter, der Deiche, Gräben, Schleusen und Grundstücke des Verbandes werden von dem Deichhauptmann nach Anhörung des Deichamtes gewählt und angestellt. Das Deichamt bestimmt

die Zahl und den Geschäftskreis dieser Beamten und beschließt, ob die Anstellung auf Kündigung, auf eine bestimmte Reihe von Jahren oder auf Lebenszeit erfolgen soll.

§ 44.

Zu diesen Posten sollen nur solche Personen berufen werden, von deren hinreichender technischer Kenntniß und Uebung sich der Deichinspektor versichert hat, die vollkommen körperlich rüstig sind und die gewöhnlichen Elementarkenntnisse insoweit besitzen, daß sie eine verständliche schriftliche Anzeige erstatten und eine einfache Verhandlung aufnehmen, auch eine gewöhnliche Lohnrechnung führen können. (Siehe §§ 60 bis 63 des Statuts.)

5. Deichschöppen (oder Deichschulzen, Deichgeschworene).

§ 45.

Der Deichhauptmann theilt nach Anhörung des Deichamtes die Deiche in mehrere Aufsichtsbezirke. Für jeden Bezirk werden zwei Deichschöppen aus der Zahl der Deichgenossen auf sechs Jahre vom Deichamte gewählt und vom Deichhauptmann bestätigt. Mitglieder des Deichamtes — mit Ausschluß des Deichhauptmanns und Deichinspektors — können auch zu Deichschöppen ernannt werden. Die Deichschöppen sind Organe des Deichhauptmanns und Deichinspektors und verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten, dieselben namentlich in den örtlichen Geschäften des Bezirks zu unterstützen.

§ 46.

Die Deichschöppen haben in ihren Bezirken im gewöhnlichen Laufe der Verwaltung eine Mitaufsicht über den Zustand der Deiche und sonstigen Sozietätsanlagen zu führen; sie haben von deren Zustande fortwährend Kenntniß zu nehmen, den Deich- und Grabenschauen in ihrem Bezirk und den benachbarten Bezirken beizuwohnen und die bemerkten Mängel, sowie auch Anträge und Beschwerden von Deichgenossen ihres Bezirkes dem Deichhauptmann oder Inspektor anzuzeigen. Sie können von dem Deichhauptmann und resp. dem Deichinspektor mit Führung und Aufnahme einfacher Untersuchungen und Verhandlungen, und bei vorkommenden Bauten mit der Kontrolle der Unterbeamten und Arbeiter, mit der Abnahme der zu liefernden Baumaterialien, sowie mit der Ablohnung der Arbeiter auf der Baustelle beauftragt werden.

Bei den Lohnzahlungen erhalten sie als Remuneration sechs Pfennige pro Thaler der ausgezahlten Summe.

§ 47.

Sobald die Größe der Gefahr bei Eisgang oder Hochwasser die Bewachung der Dämme oder das Aufbieten der Naturalleistungen notwendig macht, sind die Deichschöppen unter Leitung des Deichinspektors dazu berufen, innerhalb ihres Bezirks die Hilfsleistungen der Wachmannschaften und Deichgenossen zu ordnen und zu leiten, für die Beschaffung der erforderlichen Schutzmaterialien zu sorgen und die Bewachung der Deiche zu kontrolliren. (Siehe §§ 58 und 59 des Statuts.)

6. Das Deichamt.

§ 48.

Das Deichamt hat über alle Angelegenheiten des Verbandes zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Deichhauptmann oder dem Deichinspektor überwiesen sind. Die von dem Deichamte gefaßten Beschlüsse sind für den Deichverband verpflichtend; die Ausführung der gefaßten Beschlüsse erfolgt durch den Deichhauptmann.

Die Mitglieder des Deichamtes sind an keinerlei Instruktionen und Aufträge der Wähler und der Wahlbezirke gebunden.

Das Deichamt kontrollirt die Verwaltung. Es ist daher berechtigt, sich von der Ausführung seiner Beschlüsse und der Verwendung aller Einnahmen des Verbandes Ueberzeugung zu verschaffen. Es kann zu diesem Zwecke die Akten einsehen und Ausschüsse aus seiner Mitte ernennen. (Siehe § 39 des Statuts.)

§ 49.

Das Deichamt besteht aus:

- a) dem Deichhauptmann oder dessen Stellvertreter, als Vorsitzenden,
- b) dem Deichinspektor, und
- c) den Repräsentanten der Deichgenossen.

Das Deichstatut bestimmt die Zahl der Repräsentanten und die Vorschriften über die Wahl oder die Ernennung derselben. (Siehe § 29 des Statuts.)

§ 50.

Das Deichamt versammelt sich alle Jahre regelmäßig zweimal, im Anfange Juni und November.

Im Falle der Nothwendigkeit kann das Deichamt von dem Vorsitzenden außerordentlich berufen werden. Die Berufung muß erfolgen,

sobald es von einem Viertel der Mitglieder verlangt wird. (Siehe § 34 des Statuts.)

§ 51.

Die Art und Weise der Zusammenberufung wird von dem Deichamte ein- für allemal festgestellt. Die Zusammenberufung erfolgt unter Angabe der Gegenstände der Verhandlung; mit Ausnahme dringender Fälle muß dieselbe wenigstens sieben freie Tage vorher stattfinden. (Siehe § 34 des Statuts.)

§ 52.

Das Deichamt kann nur beschließen, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden zugegen sind.

Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn das Deichamt zum dritten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammen berufen, dennoch nicht in genügender Anzahl erschienen ist. Bei der zweiten und dritten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden. (Siehe § 35 des Statuts.)

§ 53.

Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt. Jedes Mitglied hat in der Regel gleiches Stimmrecht. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. (Siehe § 36 des Statuts.)

§ 54.

An Verhandlungen über Rechte und Pflichten des Deichverbandes darf derjenige nicht Theil nehmen, dessen Interesse mit dem des Verbandes in Widerspruch steht. Kann wegen dieser Ausschließung selbst mit Hülfe der Stellvertreter eine beschlußfähige Versammlung nicht gehalten werden, so hat der Deichhauptmann, oder wenn auch dieser aus dem vorgedachten Grunde betheiligt ist, die Regierung für die Wahrung der Interessen des Deichverbandes zu sorgen und nöthigenfalls einen besonderen Vertreter für denselben zu bestellen. (Siehe § 37 des Statuts.)

§ 55.

Die Beschlüsse des Deichamtes und die Namen der dabei anwesend gewesenen Mitglieder sind in ein besonderes Buch einzutragen.

Sie werden von dem Vorsitzenden und wenigstens drei Mitgliedern unterzeichnet. Die Stelle der letzteren kann ein von dem Deichamte gewählter, in einer Deichamtssitzung hierzu von dem Deichhauptmann vereideter Protokollführer vertreten. (Siehe § 38 des Statuts.)

§ 56.

Das Deichamt beschließt insbesondere:

- a) über die zur Erfüllung der Sozietätszwecke notwendigen oder nützlichen Einrichtungen, über die Bauanschläge und die erforderlichen Ausgaben; über außerordentliche Deichkassenbeiträge und etwaige Anleihen (cfr. §§ 31, 37, 40);
- b) über Berichtigungen des Deichkatasters (cfr. § 8 und 9);
- c) über Erlaß und Stundung der Deichkassenbeiträge (§§ 10—12);
- d) über die Repartition der Natural-Hüfsleistungen (§ 16);
- e) über die Vergütungen für abgetretene Grundstücke und Entnahme von Materialien (§ 23);
- f) über Geschäftsanweisungen für die Deichbeamten (§ 25);
- g) über die Wahl des Deichhauptmanns, seines Stellvertreters, des Deichinspektors, des Deichrentmeisters und der Deichschöppen (§§ 29, 36, 41, 45), sowie über die Zahl der Unterbeamten (§ 43);
- h) über die den Beamten des Deichverbandes zu gewährenden Besoldungen, Pensionen, Diäten oder Remunerationen für baare Auslagen;
- i) über die Benutzung der Grundstücke und des sonstigen Vermögens des Deichverbandes;
- k) über den jährlichen Etat der Deichkasse und die Decharge der Rechnungen;
- l) über Verträge und Vergleiche, welche Gegenstände von fünfzig Thalern und mehr betreffen (§ 30 d.) (Siehe § 40 des Statuts.)

§ 57.

Die Genehmigung (der Regierung) des Regierungs-Präsidenten ist erforderlich:

- a) zu Beschlüssen über die Kontrahirung neuer Anleihen, wobei die Regierung auf die regelmäßige Verzinsung und Tilgung der Schuld zu halten hat;
- b) zu den Projekten über den Bau neuer Deiche und Schleusen, über die Erhöhung, Verlegung oder Abtragung von Deichen und über den Verschluß von Deichbrücken;
- c) zur Veräußerung von Grundstücken des Verbandes;
- d) zu den Beschlüssen über die Remuneration des Deichhauptmanns und Deichinspektors.

Sollte das Deichamt ganz ungenügende Befoldungen und Remunerationen bewilligen, so können dieselben von (der Regierung) dem Regierungs-Präsidenten nöthigenfalls erhöht werden.

§ 58.

Die Repräsentanten der Deichgenossen im Deichamte wählen jährlich zwei Deputirte, welche der ganzen Deich- und Grabenschau bewohnen müssen. Jeder der übrigen Repräsentanten kann der Schau ebenfalls bewohnen.

Die Repräsentanten sind befugt und verpflichtet, als Bezirksvertreter auch außerhalb der Sitzungen des Deichamtes die Interessen des Deichverbandes zu überwachen, die Unterbeamten zu kontrolliren und die wahrgenommenen Mängel, sowie die Wünsche der Deichgenossen ihres Bezirks dem Deichhauptmann oder dem Deichamte vorzutragen. (Siehe §§ 42, 43 des Statuts.)

§ 59.

Diese allgemeinen Bestimmungen gelten nur in denjenigen Deichverbänden, in deren Statuten sie ausdrücklich in Bezug genommen werden. (Vergl. Einleitung des Statuts).

Zu der Einleitung des Statuts.

**Gesetz betreffend die Regulirung der Stromverhältnisse in
Weichsel undogat vom 20. Juni 1888.**

G. S. S. 251.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt:

§ 1.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, eine verbesserte Regulirung der Stromverhältnisse in der Weichsel undogat durch folgende Anlagen:

- a) Herstellung eines Durchstichs für den Weichselstrom durch die Danziger Binnenehrung auf der Linie Einlage - Ostsee nebst Bedeckung und Molenanlagen, sowie Molen- und Dammbauten u. zur dauernden Offenhaltung der Mündung der Danziger Weichsel bei Neufähr,
- b) Schifffahrtsanlagen zur Verbindung des Durchstichs mit der Danziger Weichsel,
- c) Durchdeckung der Danziger Weichsel und Zurücklegung der Stromdeiche des linken Weichselufers bis zur Gemülicher Wachbude aufwärts,
- d) Durchdeckung der Elbinger Weichsel mit Anschlüssen an den rechtsseitigen Durchstichsdeich und die Stromdeiche des Großen Markener Werbers,
- e) Herstellung eines Eiswehres in der oberen ogat bei Rittelsfähre, nach Maßgabe der vom Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellenden, auf 20000000 Mark Kosten berechneten Projekte herbeizuführen.

§ 2.

Mit der Ausführung der im § 1 bezeichneten Anlagen ist vorzugehen, sobald durch einen auf Grund des Gesetzes über das Deichwesen

vom 28. Januar 1848 gebildeten Deichverband die Aufbringung eines Kostenbeitrages von 7230000 Mark und die Uebernahme der künftigen Unterhaltung der zu den Anlagen § 1 litt. a. c. und d. gehörigen Deiche sichergestellt ist.

§ 3.

Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Kosten im Wege der Anleihe eine entsprechende Anzahl von Staatsschuldverschreibungen auszugeben.

Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchem Kurse die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

Im Uebrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe, sowie wegen Verjährung der Zinsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetz-Samm. S. 1197) zur Anwendung.

§ 4.

Behufs Beschaffung des von den Interessenten nach § 2 zu übernehmenden Kostenbeitrages ist die Staatsregierung ermächtigt, denselben ein Darlehn bis zur Höhe von 7230000 Mark herzugeben, welches zu dem gemäß § 3 Abnea 2 bestimmten Zinsfuße zu verzinsen und mit ein Prozent zu amortisiren ist.

§ 5.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird, soweit solche nach den Bestimmungen der §§ 3 und 4 nicht durch den Finanzminister erfolgt, dem Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten übertragen.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel

Gegeben Marmor-Palais, den 20. Juni 1888.

L. S.

Wilhelm.

Kürst v. Bismarck. v. Maybach. Frhr. v. Lucius. v. Friedberg.
v. Voetticher. v. Gösler. v. Scholz. Bronsart v. Schellendorff.
Gr. v. Bismarck.

Zu der Einleitung des Statuts.

Gesetz über das Deichwesen. Vom 28. Januar 1848.

(S. S. 54.)

Anmerkung: Die Zwischenfäße sind aus Brauchitsch „die neuen Preussischen Verwaltungsgesetze“ entnommen.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. c.

verordnen, da die bestehenden Gesetze über das Deichwesen sich als unzureichend erwiesen haben, auf den Antrag Unseres Staatsministeriums, nach Anhörung Unserer getreuen Stände, und nach vernommenem Gutachten Unseres Staatsraths, für alle Theile Unserer Monarchie, was folgt:*)

I. Deiche, die zu keinem Deichverbande gehören.

§ 1.¹⁾

Deiche, oder ähnliche Erhöhungen der Erdoberfläche, welche die Ausbreitung der zeitweise aus ihren Ufern tretenden Gewässer beschränken, dürfen in der ganzen Breite, welche das Wasser bei der höchsten Ueberschwemmung einnimmt (Inundationsgebiet), nicht anders als mit ausdrücklicher Genehmigung [der Regierung] des Bezirksausschusses neu angelegt, verlegt, erhöht, sowie ganz oder theilweise zerstört werden.¹⁾

*) Bezüglich der Deiche, welche zu keinem Deichverbande gehören (§§ 1—10), sind die Befugnisse der Regierung durch R. G. § 96 auf den Bezirksausschuß übertragen; die Abänderungen der Zuständigkeit sind in §§ 1—10, 24 des Textes hervorgehoben. Bezüglich der Deichverbände ist es bei der Zuständigkeit des Regierungspräsidenten verblieben; jedoch ist nach R. G. § 97 Abs. 1 gestattet, Befugnisse des letzteren statutarisch den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen, Bezirksausschüssen oder Provinzialräthen zu übertragen (vgl. § 15 nebst Anf.).

§§ 1—5.

1. Die hervorgehobenen Abänderungen folgen aus R. G. § 96 Abs. 1 Nr. 1 und 2. Die Beschwerde gegen den Beschluß des Bezirksausschusses geht nach Abs. 2 a. a. O. an den Minister für Landwirtschaft.

§ 1.

1. Wegen der Strafen für vorsätzliche oder fahrlässige Zerstörung von Deichen, Dämmen u., wenn dadurch Gefahr für das Leben oder die Gesundheit anderer, bezw. ein Schaden herbeigeführt wird, vgl. Reichsstrafgesetzbuch §§ 321, 325, 326.

Wer diesem Verbote zuwider handelt, soll polizeilich nicht nur mit einer Geldbuße bis zu fünfzig Thalern bestraft, sondern auch, wenn es erforderlich ist, zur Wiederherstellung des früheren Zustandes angehalten werden.

Auf Schutzmaßregeln, welche in Nothfällen für die Dauer der Gefahr getroffen werden, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

§ 2.

Vor Ertheilung der Genehmigung (§ 1) hat [die Regierung] der Bezirksausschuß nach [ihrem] seinem Ermessen in erheblicheren Fällen die Betheiligten zu hören.

Ist es ungewiß, welche Personen als betheiligt zu betrachten sind, so kann [die Regierung] der Bezirksausschuß eine öffentliche Aufforderung mit der Verwarnung erlassen, daß diejenigen, welche sich binnen der zu bezeichnenden Frist nicht gemeldet haben, mit späteren Einwendungen nicht mehr gehört werden sollen.

Eine solche Aufforderung ist zweimal in die Amtsblätter des Regierungsbezirks einzurücken, und in den betreffenden Gemeinden auf die ortsübliche Weise bekannt zu machen.

§ 3.

Die Genehmigung zu einer Anlage, Verlegung oder Erhöhung (§ 1) ist zu versagen, wenn, nach dem Urtheile [der Regierung] des Bezirksausschusses, das nothwendige Abflußprofil des Hochwassers dadurch beschränkt werden würde.

§ 4.

Ist ein schon vorhandener, zum Schutz der Ländereien mehrerer Besitzer dienender Deich ganz oder theilweise versallen, oder durch Naturgewalt zerstört, so kann [die Regierung] der Bezirksausschuß fordern, daß derselbe, nach [ihrer] seiner Anweisung, bis zu derjenigen Höhe und Stärke wieder hergestellt werde, welche er früher gehabt hat.

Auch ist [die Regierung] der Bezirksausschuß berechtigt, in Ansehung der Deiche dieser Art diejenigen Maßregeln vorzuschreiben, welche erforderlich sind, um deren Erhaltung in ihrem bisherigen Umfange und Zustande zu sichern.

§ 5.

[Die Regierung] Der Bezirksausschuß ist ermächtigt, Diejenigen, welche den Deich zu erhalten oder wiederherzustellen verpflichtet sind, hierzu durch Exekution anzuhalten.

§ 6.

Ist es ungewiß oder streitig, wer zur Unterhaltung oder Wiederherstellung des Deichs verpflichtet sei, so kann [die Regierung] der Bezirksausschuß die Leistungen interimistisch von Demjenigen fordern, welcher den Deich seither unterhalten hat, oder wenn dieser unbekannt oder nicht leistungsfähig ist, von denjenigen Grundbesitzern, deren Grundstücke, nach dem Ermessen der Behörde, durch den Deich geschützt werden. Kann die Ermittlung dieser Grundbesitzer nicht so schnell geschehen, als die Dringlichkeit des Falles es erfordert, so steht [der Regierung] dem Bezirksausschusse frei, die sämmtlichen Grundbesitzer derjenigen Ortschaften, in deren Ortsfeldmark oder Gemeindebezirke der Deich belegen ist, zu den nöthigen Leistungen, nach Verhältniß ihres Grundbesitzes, anzuhalten, ohne Rücksicht darauf, ob diese Grundbesitzer zur Gemeinde gehören oder nicht.¹⁾

§ 7.

[Die Regierung] Der Bezirksausschuß setzt in einem solchen Falle (§ 6) durch [ein Resolut] Beschluß fest, wer die Baulast interimistisch zu tragen hat, und wie die Beträge zu vertheilen sind.

Gegen [ein solches Resolut ist der Refurs an das Finanzministerium] den Beschluß ist die Beschwerde an den Minister für Landwirtschaft zulässig; [derselbe] dieselbe muß jedoch innerhalb einer [vier] zweiwöchentlichen, mit dem nächsten Tage nach der Mittheilung des [Resoluts] Beschlusses beginnenden präklusivischen Frist bei [der Regierung] dem Bezirksausschusse angemeldet und gerechtfertigt werden. Erfolgt innerhalb dieser Frist nur die Anmeldung, so sind die Verhandlungen ohne Weiteres zur Entscheidung über den [Refurs] Beschluß an das Ministerium einzusenden und später angebrachte neue Thatsachen oder Ausführungen nicht zu berücksichtigen.

§§ 6—10.

1. Die hervorgehobenen Abänderungen ergeben sich aus ZB. § 96 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2, sowie, was die Fristbestimmung des § 7 betrifft, aus LBB. § 51.

Die Vollstreckung des [Resoluts] Beschlusses wird durch die Einlegung [des Rekurses] der Beschwerden nicht aufgehalten.

§ 8.

Den zur Unterhaltung oder Wiederherstellung eines Deichs interimsistisch Herangezogenen bleibt vorbehalten, ihre Ansprüche auf Erstattung ihrer Beiträge oder des Werths ihrer Leistungen im Rechtswege gegen die eigentlich Verpflichteten geltend zu machen.

§ 9.

Die von [der Regierung] dem Bezirksausschusse ausgeschriebenen Beiträge und Leistungen sind den öffentlichen Lasten gleichzustellen, und haben in Kollisionsfällen vor denselben den Vorzug.

§ 10.

In denjenigen Fällen, in welchen eine interimsistische Regulirung der Baulast hat erfolgen müssen (§§ 6 und 7), liegt [der Regierung] dem Regierungspräsidenten ob, zur Regelung der künftigen Leistungen durch Bildung eines Deichverbandes. (§§ 11 und ff.), auch ohne Antrag der Theiligten, die erforderliche Einleitung zu treffen.

Zeigt sich bei näherer Erörterung die Bildung eines Deichverbandes nicht als erforderlich, so ist [die Regierung] der Bezirksausschuß die fernere Erhaltung des Deiches zu verlangen nicht mehr befugt. Die Theiligten sind von dieser Lage der Sache in Kenntniß zu setzen.

Der Einleitung zu einem Deichverbande bedarf es nicht, wenn durch Anerkenntniß oder im Rechtswege ein Verpflichteter ermittelt und derselbe leistungsfähig ist.

II. Deichverbände.

§ 11.

Ist es zur Abwendung gemeiner Gefahr oder zur erheblichen Förderung der Landeskultur erforderlich, Deiche und dazu gehörige Sicherungs- und Meliorationswerke anzulegen, zu erweitern oder zu erhalten, so sollen die Besitzer sämmtlicher der Ueberschwemmung ausgesetzten Grundstücke zur gemeinsamen Anlegung und Unterhaltung der Werke unter landesherrlicher Genehmigung zu Deichverbänden vereinigt werden. Zuvor sind jedoch alle Theiligten, nöthigenfalls nach Erlassung eines öffentlichen Aufgebots, welches die im § 2 bestimmte Wirkung hat, mit ihren Anträgen zu hören.

§ 12.

Eine solche Vereinigung soll insbesondere in folgenden Fällen herbeigeführt werden:

- a) wenn es darauf ankommt, die Grundbesitzer einer noch unverwalteten Niederung zur Anlegung und fernerer Erhaltung von Deichen und Meliorationswerken zu verpflichten;
- b) wenn die Grundbesitzer einer schon verwalteten Niederung zur Verbesserung und Erhaltung von Deichen und Meliorationswerken, welche seither nur von einzelnen Betheiligten angelegt und unterhalten wurden, verbindlich zu machen sind;
- c) wenn dergleichen Deiche und die mittelst derselben geschützten Grundbesitzer einem schon bestehenden Deichverbande angeschlossen werden sollen;
- d) wenn Verwaltungs- und Meliorationsanlagen schon bestehender Deichverbände erweitert, und auf unverwaltete Grundstücke der noch nicht zum Deichverbande gehörenden Besitzer ausgedehnt werden sollen.

§ 13.

Grundbesitzer, welche derselben Niederung angehören und mit Rücksicht auf die Lage ihrer Grundstücke ein gemeinschaftliches Interesse haben, sollen in der Regel zu einem Deichverbande vereinigt werden. Eine Ausnahme kann namentlich dann gestattet werden, wenn für einen Theil der Niederung der Zweck mit erheblich geringeren Kosten erreicht werden kann.

§ 14.

Mehrere Deichverbände, welche ein gemeinschaftliches Interesse hinsichtlich der Erhaltung ihrer Deiche haben, können mit landesherrlicher Genehmigung entweder zu einem Deichverbande vereinigt, oder unter eine gemeinsame Deichverwaltung gestellt und zur gegenseitigen Unterstützung bei Durchbrüchen und anderen außerordentlichen Beschädigungen der Deiche verpflichtet werden.

§ 15.¹⁾

Für jeden Deichverband ist ein landesherrlich zu vollziehendes Statut abzufassen, in welchem folgende Gegenstände näher zu bestimmen sind:

§ 15.

1. Bgl. die allgemeinen Bestimmungen für künftig zu erlassende Deichstatute vom 14. November 1863 (GS. S. 395).

- a) der Umfang des Sozietätszweckes,
- b) die Deichpflicht oder die Art und Vertheilung der zur Anlage und Unterhaltung der Schutz- und Meliorationswerke erforderlichen Beiträge und Leistungen,
- c) die von den Grundbesitzern zu übernehmenden Beschränkungen des Eigenthums,
- d) das den Staatsbehörden beizulegende Recht der Oberaufsicht,
- e) die Organisation, sowie die Befugnisse und Pflichten der Deichverwaltungsbehörde,
- f) das Recht der Deichgenossen, persönlich oder durch Abgeordnete bei der Verwaltung der Deichangelegenheiten mitzuwirken,
- g) die Folgen der Ausdeichung.

Zusatz.

30. § 97 Abs. 1.

Befugnisse, welche hinsichtlich der Deichverbände den Bezirksregierungen (Landdrosteien) durch Deichstatuten in Gemäßheit des Gesetzes über das Deichwesen vom 28. Januar 1848 übertragen worden sind, können durch Statut oder Statutenänderung den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen, den Bezirksausschüssen oder Provinzialräthen überwiesen werden.

§ 16.

Die Deichpflicht (§ 15 b.) muß von allen einzelnen, durch die Deich- und Meliorationswerke geschützten oder verbesserten ertragsfähigen Grundstücken, Hof- und Baustellen, auch wenn dieselben sonst von den gemeinen Lasten befreit oder dabei bevorrechtet sind, nach dem im Statute zu bestimmenden Maßstabe gleichmäßig getragen werden. Als Vertheilungsmaßstab ist in der Regel das Verhältniß des abzuwendenden Schadens und herbeizuführenden Vorteils anzunehmen; aus besonderen Gründen kann jedoch ein anderer Vertheilungsmaßstab zugelassen werden.

Eine Befreiung von der Deichpflicht kann künftig auf keinerlei Weise, auch nicht durch Verjährung, erworben werden.

§ 17.

Die Vertheilung der Deichpflicht unter die Deichgenossen erfolgt selbst dann nach den Grundsätzen des § 16, wenn diese Pflicht bis dahin auf Grund specieller Rechtstitel zwischen diesen Personen in anderer Art vertheilt war, oder Einzelne danach von Anderen ganz übertragen werden mußten.

In solchen Fällen können aber die durch einen speciellen Rechtstitel Berechtigten Entschädigung für die erst durch den Deichverband ihnen auferlegten Leistungen von den durch jenen Titel Verpflichteten, nach Maßgabe desselben, insoweit fordern, als diese Leistungen schon vor Errichtung des Deichverbandes zur Erhaltung oder Wiederherstellung der früheren Schutzanlagen nothwendig waren.

Die Verpflichtung zu solchen Entschädigungen kann gegen eine verhältnißmäßige Vergütung abgelöst werden.

§ 18.

Die in einem Deichverbande zu leistende Deichpflicht ruht unablässig auf den Grundstücken, ist den öffentlichen Lasten gleich zu achten und hat in Kollisionsfällen vor denselben den Vorzug.¹⁾

§ 19.

Die Erfüllung der Deichpflicht kann von der Deichverwaltungsbehörde in eben der Art, wie dies bei den öffentlichen Lasten zulässig ist, durch Execution erzwungen werden. Diese Execution findet auch statt gegen Pächter, Nutznießer oder andere Besitzer des verpflichteten Grundstücks, vorbehaltlich ihres Regresses an den eigentlich Verpflichteten.

§ 20.

Die Eigentümer der eingedeichten Grundstücke und Vorländer sind verpflichtet, auf Anordnung der Deichbehörde dem Verbande den zu den Schutz- und Meliorationsanlagen erforderlichen Grund und Boden gegen Vergütung abzutreten, desgleichen die zu jenen Anlagen nöthigen Materialien an Sand, Lehm, Rasen u. s. w. gegen Ersatz des durch die Fortnahme derselbe ihnen entstandenen Schadens zu überlassen. Der außerordentliche Werth ist bei Festsetzung der Vergütung oder Entschädigung nicht in Anrechnung zu bringen.

§ 21.

Auch diejenigen Beschränkungen des Eigenthums, denen sich die nicht zum Deichverbande gehörenden Besitzer des Vorlandes, oder der am Flußufer, in der Nähe der Deiche, oder der gemeinschaftlichen Gräben und Schleusen belegenen Grundstücke zu unterwerfen haben, sind in dem Deichstatute näher zu bestimmen.

§ 18.

1. Leistungen zur Erfüllung der Deichpflicht bedürfen der Eintragung in das Grundbuch nicht. Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 § 11 Nr. 1 (RS. S. 446).

§ 22.

Streitigkeiten über die Fragen, ob ein Grundstück nach § 16 deichpflichtig ist, oder wie die Deichlast zu vertheilen ist, sind mit Ausschluß des Rechtsweges von den Verwaltungsbehörden zu entscheiden.

§ 23.

Die bei Publikation des gegenwärtigen Gesetzes vorhandenen Deichordnungen und Statute bleiben zwar in Kraft, doch sollen diejenigen, bei denen es erforderlich erscheint, einer Revision unterworfen werden. Ihre Abänderung und Aufhebung kann nur unter landesherrlicher Genehmigung erfolgen.

III. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 24.¹⁾

[Die Regierung] Der Regierungspräsident ist befugt, eine solche Benützung der Deiche, welche deren Widerstandsfähigkeit zu schwächen geeignet ist, zu beschränken oder ganz zu untersagen. Soweit es sich um Deiche handelt, welche zu keinem Deichverbande gehören, steht die Befugniß dem Bezirksausschusse zu. Werden hierdurch wohlervorbene Rechte eingeschränkt oder aufgehoben, so hat der zur Unterhaltung des Deiches Verpflichtete den Berechtigten zu entschädigen.

§ 25.

Ist die Erhaltung eines Deiches zur Sicherung einer Niederung gegen Ueberschwemmung nothwendig, so müssen bei drohender Gefahr, nach Anordnung der Polizeibehörde, alle Bewohner der bedrohten und nöthigenfalls auch der benachbarten Gegend zu den Schutzarbeiten unentgeltlich Hülfe leisten und die erforderlichen Arbeitsgeräte und Transportmittel mit zur Stelle bringen.

Die Polizeibehörde kann die in solchen Fällen nöthigen Maßregeln sofort durch Exekution zur Ausführung bringen; sie ist befugt, die Verabfolgung der zur Abwehr der Gefahr dienlichen Materialien aller Art, wo solche sich finden mögen, zu fordern, und diese müssen mit Vorbehalt der

§ 24.

1. BG. § 96 Abs. 1 Nr. 4. Die Beschwerde geht nach Abs. 2 a. a. O. an den Minister für Landwirtschaft. Vgl. BG. § 97 Abs. 1 (s. oben Zus. zu § 15).

Ausgleichung unter den Verpflichteten, und der Erstattung des Schadens, bei dem jedoch der außerordentliche Werth nicht in Anrechnung kommt, von den Besitzern verabfolgt werden.¹⁾

§ 26.

Auf Deiche, die zu einem Deichverbande gehören, findet die Vorschrift des § 25 nur insoweit Anwendung, als das Deichstatut nicht andere Bestimmungen enthält.

§ 27.

In Beziehung auf die Anlage oder Veränderung von Deichen oder Meliorationswerken, welche auf die Vertheidigungsfähigkeit der Festungen einzuwirken geeignet sind, bewendet es bei der Vorschrift des § 12 des Regulativs vom 10./30. September 1828 über das Verfahren bei baulichen Anlagen oder sonstigen Veränderungen der Erdoberfläche innerhalb der nächsten Umgebungen der Festungen.

§ 28.

Alle von dem gegenwärtigen Gesetze abweichende Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze oder der für einzelne Landestheile bestehenden Verordnungen, namentlich die §§ 63—65 Tit. 15 Thl. II. des Allgemeinen Landrechts, werden hierdurch aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Berlin, den 28. Januar 1848.

L. S. **Friedrich Wilhelm.**

v. Savigny. v. Bodelschwingh. Uhden. v. Duesberg.

Beglaubigt: Bode.

§ 25.

1. Bgl. Reichsstrafgesetzbuch § 360 Nr. 10:

Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte — wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Wegen der Zwangsbefugnisse der Polizeibehörde vgl. L. B. G. §§ 132 ff.

Zu § 26 des Statuts.

Vormundschafts-Ordnung vom 5. Juli 1875.

Ges.-S. S. 431.

§ 39.

Gelder, welche zu laufenden oder zu anderen durch die Vermögensverwaltung begründeten Ausgaben nicht erforderlich sind, hat der Vormund im Einverständnisse mit dem Gegenvormund in Schuldverschreibungen, welche von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate mit gesetzlicher Ermächtigung ausgestellt sind, oder in Schuldverschreibungen, deren Verzinsung von dem Deutschen Reiche oder von einem Deutschen Bundesstaate gesetzlich garantirt ist, oder in Rentenbriefen der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken, oder in Schuldverschreibungen, welche von Deutschen kommunalen Korporationen (Provinzen, Kreisen, Gemeinden &c.), oder von deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder Seitens der Inhaber kündbar sind, oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen, oder auf sichere Hypotheken oder Grundschulden, zinsbar anzulegen.

Gelder, welche in dieser Weise nach den obwaltenden Umständen nicht angelegt werden können, sind bei der Reichsbank oder bei öffentlichen, obrigkeitlich bestätigten Sparkassen zinsbar zu belegen.

Eine Hypothek oder Grundschuld ist für sicher zu erachten, wenn sie bei ländlichen Grundstücken innerhalb der ersten zwei Drittheile des durch ritterchaftliche, landschaftliche, gerichtliche oder Steuertaxe, bei städtischen innerhalb der ersten Hälfte des durch Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft oder durch gerichtliche Taxe zu ermittelnden Werthes, oder wenn sie innerhalb des fünfzehnfachen Betrages des Grundsteuerreinertrages der Liegenschaft zu stehen kommt.

Sicheren Hypotheken stehen im Sinne dieser Vorschriften die mit staatlicher Genehmigung ausgegebenen Pfandbriefe und gleichartigen Schuldverschreibungen solcher Kreditinstitute gleich, welche durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet, mit Korporationsrechten versehen sind und nach ihren Statuten die Beleihung von Grundstücken auf die im dritten Absatz angegebenen Theile des Werthes derselben zu beschränken haben.

Bersäumt oder verzögert der Vormund die Anlegung von Geldern, so muß er die anzulegende Summe mit sechs vom Hundert jährlich verzinsen.

Zum § 50 des Statuts.

Gesetz, betreffend den Erlass polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen. Vom 23. April 1883.

(G.-S. S. 65.)

Wir Wilhelm zc. verordnen auf Grund der §§ 453 bis 458 der Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Februar 1877 (R.-G.-Bl. S. 253) mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

§ 1.

Wer die Polizeiverwaltung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, ist befugt, wegen der in diesem Bezirke verübten, in seinen Verwaltungsbereich fallenden Uebertretungen die Strafe durch Verfügungen festzusetzen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung zu verhängen. Die polizeiliche Strafverfügung ist auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig.

Wird Geldstrafe festgesetzt, so ist zugleich die für den Fall des Unvermögens an die Stelle der Geldstrafe tretende Haft zu bestimmen.

Die festzusetzende Geldstrafe darf den Betrag von dreißig Mark, die Haft, auch wenn sie an die Stelle einer nicht beizutreibenden Geldstrafe tritt, die Dauer von drei Tagen nicht überschreiten. Erachtet der Polizeiverwalter eine höhere Strafe für gerechtfertigt, so muß die Verfolgung dem Amtsanwälte überlassen werden.

§ 2.

Die Festsetzung einer Strafe durch die Polizeibehörde findet nicht statt

- 1 bei Uebertretungen, für deren Aburtheilung die Rheinschiffahrtsgerichte, die Elbzollgerichte oder die Gewerbegerichte zuständig sind;
- 2 bei Uebertretungen der Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben oder Gefälle;
- 3 bei Uebertretungen bergpolizeilicher Vorschriften.

§ 3.

Der Beschuldigte kann gegen die Strafverfügung binnen einer Woche nach der Bekanntmachung in Gemäßheit der Strafprozeßordnung auf gerichtliche Entscheidung antragen.

Ist gegen einen Beschuldigten im Alter von 12 bis 18 Jahren eine Strafverfügung erlassen, so kann binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist auch der gesetzliche Vertreter desselben auf gerichtliche Entscheidung antragen.

§ 4.

Die Strafverfügung muß außer der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, Zeit und Ort derselben, die angewendete Strafvorschrift und die Beweismittel, sowie die Klasse bezeichnen, an welche die Geldstrafe zu zahlen ist.

Sie muß die Eröffnung enthalten:

- a) daß der Beschuldigte binnen einer Woche nach der Bekanntmachung auf gerichtliche Entscheidung antragen könne;
- b) daß der Antrag entweder bei der Polizeibehörde, welche die Strafverfügung erlassen hat, oder bei dem zuständigen Amtsgericht anzubringen sei;
- c) daß die Strafverfügung, falls innerhalb der bestimmten Frist ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung nicht erfolge, vollstreckbar werde.

§ 5.

Die polizeiliche Strafverfügung ist nach Maßgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§ 13) dem Beschuldigten durch einen öffentlichen Beamten zu behändigen.

§ 6.

Für dieses Verfahren (§§ 1 bis 5) sind weder Stempel noch Gebühren anzusetzen, die baaren Auslagen aber fallen dem Beschuldigten nach näherer Maßgabe der zu erlassenden Ausführungsbestimmungen (§ 13) in allen Fällen zur Last, in welchen eine Strafe endgültig gegen ihn festgesetzt ist.

§ 7.

Die in Gemäßheit dieses Gesetzes endgültig festgesetzten Geldstrafen sowie die eingezogenen Gegenstände fallen Demjenigen zu, welcher die sächlichen Kosten der Polizeiverwaltung zu tragen hat.

Der Letztere ist dagegen verpflichtet, die durch Festsetzung und Vollstreckung der Strafen entstehenden, von dem Beschuldigten nicht beizutreibenden Kosten zu tragen.

Insoweit besondere Vorschriften bestehen, nach welchen Geldstrafen oder eingezogene Gegenstände einem andern Berechtigten zufallen, findet die Vorschrift des ersten Absatzes keine Anwendung. Desgleichen bleiben vertragsmäßige Bestimmungen unberührt.

§ 8.

Ist der Amtsanwalt eingeschritten, bevor die polizeiliche Strafverfügung dem Beschuldigten behändigt worden, so ist die letztere wirkungslos.

§ 9.

Wird bei dem Amtsgericht auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so ist dem Antragsteller eine Bescheinigung hierüber kostenfrei zu erteilen.

§ 10.

Ist die polizeiliche Strafverfügung vollstreckbar geworden, so findet wegen derselben Handlung eine fernere Anschuldigung nicht statt, es sei denn, daß die Handlung eine Uebertretung, sondern ein Vergehen oder Verbrechen darstellt und daher die Polizeibehörde ihre Zuständigkeit überschritten hat.

In diesem Falle ist während des gerichtlichen Verfahrens die Vollstreckung der Strafverfügung einzustellen; erfolgt eine rechtskräftige Verurtheilung wegen eines Vergehens oder Verbrechens, so tritt die Strafverfügung außer Kraft.

§ 11.

Gegen Militärpersonen dürfen die Polizeibehörden Strafen nur wegen solcher Uebertretungen festsetzen, zu deren Aburtheilung im gerichtlichen Verfahren die ordentlichen Gerichte zuständig sind. Eine Festsetzung von Haft für den Fall des Unvermögens (§ 1 Abs. 2) findet durch die Polizeibehörde nicht statt.

§ 12.

Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Juli 1883 in Kraft und in denjenigen Landestheilen, in welchen zur Zeit das Gesetz vom 14. Mai 1852 Geltung hat, an die Stelle dieses Gesetzes und der dasselbe ergänzenden Bestimmungen.

Von diesem Tage ab sind für das weitere Verfahren in denjenigen Sachen, in welchen eine polizeiliche Strafverfügung noch nicht behändigt ist, die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes maßgebend.

§ 13.

Die Minister des Innern und der Justiz haben die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen reglementarischen Bestimmungen zu erlassen *)

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insiegel.

Gegeben Wiesbaden, den 23. April 1883.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. Maybach. Lucius. Friedberg. v. Goßler. Scholz. Gr. v. Hatzfeldt. Bronsart v. Schellendorf.

*) Siehe die Ausführungs-Anweisung vom 8. Juni 1883 — Amtsblatt Danzig 1883 Seite 165. —

Zu § 51 des Statuts.
Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung.

Ges.-S. S. 195.

§ 132.

Der Regierungspräsident, der Landrath, die Ortspolizeibehörde und der Gemeinde- (Guts-) Vorsteher (-Vorstand) sind berechtigt, die von ihnen in Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt getroffenen, durch ihre gesetzlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen durch Anwendung folgender Zwangsmittel durchzusetzen:

1. Die Behörde hat, sofern es thunlich ist, die zu erzwingende Handlung durch einen Dritten ausführen zu lassen und den vorläufig zu bestimmenden Kostenbetrag im Zwangswege von den Verpflichteten einzuziehen.
 2. Kann die zu erzwingende Handlung nicht durch einen Dritten geleistet werden, — oder steht es fest, daß der Verpflichtete nicht im Stande ist, die aus der Ausführung durch einen Dritten entstehenden Kosten zu tragen, — oder soll eine Unterlassung erzwungen werden, so sind die Behörden berechtigt, Geldstrafen anzudrohen und festzusetzen, und zwar:
 - a) die Gemeinde- (Guts-) Vorsteher bis zur Höhe von fünf Mark;
 - b) die Ortspolizeibehörden und die städtischen Gemeinde-Vorsteher (-Vorstände) in einem Landkreise bis zur Höhe von sechzig Mark;
 - c) die Landräthe, sowie die Polizeibehörden und Gemeinde-Vorsteher (-Vorstände) in einem Stadtkreise bis zur Höhe von einhundertfünfzig Mark;
 - d) der Regierungspräsident bis zur Höhe von dreihundert Mark.
- Gleichzeitig ist nach Maßgabe der §§ 28, 29 des Strafgesetz-

buchs für das Deutsche Reich die Dauer der Haft festzusetzen, welche für den Fall des Unvermögens an die Stelle der Geldstrafe treten soll. Der Höchstbetrag dieser Haft ist

in den Fällen zu a = Ein Tag,

" " " b = Eine Woche,

" " " c = Zwei Wochen,

" " " d = Vier Wochen.

Der Ausführung durch einen Dritten (Nr. 1), sowie der Festsetzung einer Strafe (Nr. 2) muß immer eine schriftliche Androhung vorhergehen; in dieser ist, sofern eine Handlung erzwungen werden soll, die Frist zu bestimmen, innerhalb welcher die Ausführung gefordert wird.

3. Unmittelbarer Zwang darf nur angewendet werden, wenn die Anordnung ohne einen solchen unausführbar ist.

Zum § 64 des Statuts.

**Gesetz betreffend die Kreisordnung für die Provinzen
Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien
und Sachsen vom 13. Dezember 1872, in der Fassung des
Gesetzes vom 19. März 1881.**

G.-S. S. 155.

§ 8.

Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbesoldete Ämter in der Verwaltung und Vertretung des Kreises zu übernehmen.

Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung solcher Ämter berechnen folgende Entschuldigungsgründe:

1. anhaltende Krankheit;
2. Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;
3. das Alter von 60 Jahren;
4. die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes;
5. sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen des Kreistages eine gültige Entschuldigung begründen.

Beträgt die Amtsdauer mehr als drei Jahre, so kann das Amt nach Ablauf von drei Jahren niedergelegt werden.

Wer ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer versehen hat, kann die Uebernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des

Kreises zu übernehmen oder das übernommene Amt drei Jahre hindurch zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Ämter trotz vorhergegangener Aufforderung seitens des Kreis Ausschusses thatsächlich entzieht, kann durch Beschluß des Kreistages für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Achtel bis ein Viertel stärker, als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden.

Gegen den Beschluß des Kreistages findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem [Bezirksverwaltungsgerichte] Bezirksausschusse statt.

§. 23.

Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung beziehungsweise der Gemeindevertretung aus der Zahl der stimmberechtigten Gemeindeglieder durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Vater und Sohn dürfen nicht gleichzeitig Gemeindevorsteher und Schöffen sein.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Vorschrift des diesem Gesetze beigelegten Wahlreglements.

§ 97.

Durch Stellvertretung können sich an den Wahlen betheiligen:

1. der Staat durch einen Vertreter aus der Zahl seiner Beamten, seiner Domänenpächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
2. juristische Personen, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien durch einen Pächter oder mit Generalvollmacht versehenen Administrator eines im Kreise belegenen größeren Gutes oder durch einen Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises; Korporationen sind befugt, sich nach Maßgabe ihrer Statuten oder Verfassungen vertreten zu lassen;
3. Eltern durch ihre Söhne, welchen sie die Verwaltung selbstständiger Güter dauernd übertragen haben;
4. unverheirathete Besitzerinnen durch Vertreter aus der Zahl der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;
5. die Mitglieder regierender Häuser durch ein Mitglied ihrer Familie oder einen Vertreter aus der Zahl ihrer Beamten, ihrer Gutspächter oder der ländlichen Grundbesitzer des Kreises;

6. die gemeinschaftlichen Besitzer eines größeren Grundeigenthums (§ 86) durch einen Mitbesitzer, beziehungsweise die Theilnehmer eines gewerblichen Unternehmens durch einen derselben;
7. Ehefrauen, sowohl groß- wie minderjährige Können durch ihren Ehemann, Kinder unter väterlicher Gewalt durch ihren Vater, bevormundete Personen durch ihren Vormund oder Pfleger vertreten werden. Wird die Vormundschaft oder Pflegschaft von weiblichen Personen geführt, so kann deren Vertretung nach Maßgabe der Bestimmung unter 4 erfolgen,

insofern die unter Nr. 2 genannten Berechtigten im Deutschen Reiche ihren Sitz haben und die unter Nr. 3 bis 7 genannten Berechtigten Angehörige des Deutschen Reiches sind und sich im Genuße der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Die Vertreter, mit Ausnahme der unter Nr. 7 bezeichneten, müssen in dem Kreise entweder einen Wohnsitz haben oder in demselben Grundeigenthum besitzen. Außerdem gelten für die Vertreter die Grundsätze, welche der § 96 für die Wahlberechtigung vorschreibt.

Wahlreglement.

§ 1.

Acht Tage vor der Wahl werden die Wähler zu den Wahlen mittels schriftlicher Einladung oder durch ortslübliche Bekanntmachung berufen. Die Einladung und Bekanntmachung muß das Lokal, den Tag und die Stunde der Wahl genau bezeichnen. Hinsichtlich der von dem Kreistage vorzunehmenden Wahlen benndet es bei den für die Berufung des Kreistages vorgeschriebenen Fristen.

§ 2.

Der Wahlvorstand besteht aus dem nach den bestehenden Vorschriften zur Leitung des Wahlactes berufenen Beamten als Vorsitzenden und aus zwei oder vier von der Wahlversammlung aus der Zahl der Wähler zu wählenden Beisitzern. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzer zum Protokollführer. In den Fällen der §§ 23, 51 Nr. 1 und 100 der Kreisordnung kann auch ein nicht zur Wählerversammlung gehörige Person zum Protokollführer ernannt werden.

§ 3.

Während der Wahlhandlung dürfen im Wahllokale weder Diskussionen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Diskussionen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes bedingt sind.

§ 4.

Jede Wahl erfolgt in einer besonderen Wahlhandlung durch Stimmzettel.

§ 5.

Die Wähler werden in der Reihenfolge, in welcher sie in der Wählerliste verzeichnet sind, aufgerufen. Jeder Aufgerufene legt seinen Stimmzettel uneröffnet in die Wahlurne.

Die während der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können an der nicht geschlossenen Wahl Theil nehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Vorsitzende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten, von einem Beisitzer, welchen der Vorsitzende ernannt, laut zu zählenden Namen.

§ 6.

Ungültig sind

1. Stimmzettel, welche nicht von weißem Papier, oder welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind,
2. Stimmzettel, welche keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten,
3. Stimmzettel, aus welchen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
4. Stimmzettel, auf welchen mehr als Ein Name, oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,
5. Stimmzettel, welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

§ 7.

Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beizufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlverfahren erhobenen Einsprüche rechtskräftig entschieden ist.

§ 8.

Als gewählt ist derjenige zu betrachten, welcher die absolute Stimmenmehrheit (mehr als die Hälfte der Stimmen) erhalten hat.

Ergibt sich keine absolute Stimmenmehrheit, so kommen diejenigen zwei Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die meisten und gleich viel Stimmen erhalten, so entscheidet das durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist; in gleicher Weise erfolgt die Entscheidung, wenn auch die engere Wahl keine Stimmenmehrheit ergibt.

§ 9.

Die Wahlprotokolle sind von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

§ 10.

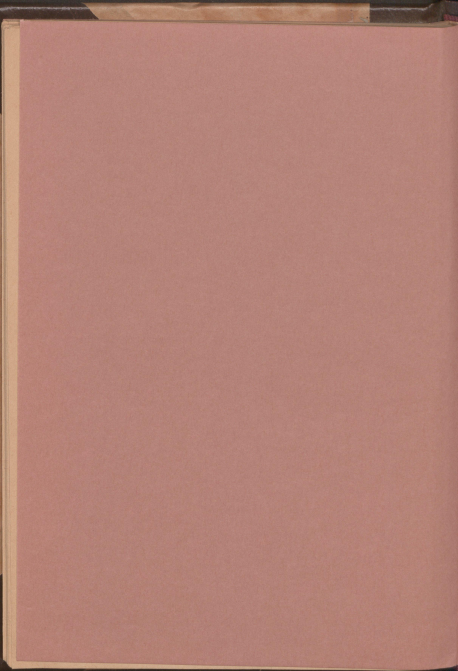
Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung innerhalb längstens fünf Tagen zu erklären. Wer diese Erklärung nicht abgibt, wird als ablehnend betrachtet.

§ 11.

Wahlen, welche auf dem Kreistage vorzunehmen sind, können auch durch Affirmation stattfinden, sofern Niemand Widerspruch erhebt.







ROTANOX
oczyszczanie
X 2015



Müller

KR IV.9 Żuławy

nr inw. 35247